



Piratenmagazin

Ausgabe
01/07



Piraten-
Aktionen

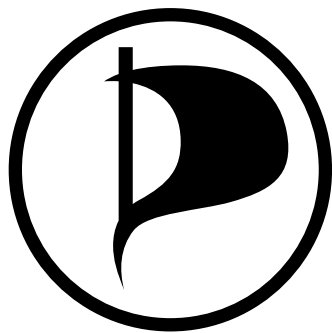
Datenschutz

RFID

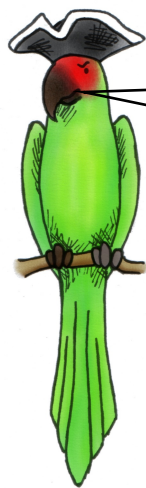
Urheberrecht

Filesharing

Kultur



Inhalt



Ahoi,
Landratten!

Eine ganze Weile nach dem ersten angestrebten Veröffentlichungstermin kannst Du nun die erste Ausgabe online lesen. Viele hatten das Piratenmagazin schon abgeschrieben, aber was lange währt wird bekanntlich gut. Lange Zeit hing es an den Druckkosten, die wir durch diese Online-Ausgabe erst einmal umgangen haben.

Natürlich stellt sich die Frage, wie objektiv ein Piratenmagazin sein kann und will. Sämtliche Redakteure und auch der größte Teil der Artikelschreiber sind im Moment Piraten. Wir erheben keinen Anspruch auf absolute Objektivität, was auch unrealistisch wäre und selbst manche völlig unabhängige Zeitung nicht erfüllen kann. Stattdessen versuchen wir in einer ausgewogenen Art und Weise sowohl über das Geschehen innerhalb der Partei zu berichten, als auch Berichte und Artikel über relevante Themen im Bereich Datenschutz, Bürgerrechte, Filesharing und verwandten Bereichen einzubringen.

Angesichts der momentanen Lage können wir aber nur jeden mündigen Bürger dazu auffordern, sich aktiv für seine Freiheit einzusetzen und dem momentanen Geschehen nicht tatenlos zuzusehen. Ein solches Engagement muss sich natürlich nicht im Beitritt zu einer Partei oder auf dem Wahlzettel niederschlagen, kann es aber. Für alle weniger politischen Menschen findet sich auf Seite 30 eine aktuelle Übersicht über Nichtregierungsorganisationen, die als überparteiliche Initiativen auch ein Ansatzpunkt sein können.

Am Piratenmagazin selbst kann sich jeder beteiligen. Möchtest du einmal einen Artikel schreiben, eine Karrikatur oder einen Cartoon zeichnen oder uns einfach nur deine Meinung zum Magazin mitteilen? Schreibe an piratenmagazin@pozimski.eu!

Und jetzt viel Spaß mit der ersten Ausgabe unseres Piratenmagazins!

Die Redaktion

1 Vorwort

Piraten

2-3 Werdegang der Piratenpartei

4-6 Berichte

Urheberrecht

7-9 Was ist Filesharing

10 Rechtspraxis schadet der deutschen Kultur

11-19 Das Internetdebakel

Datenschutz

20 RFID@Metro

Piraten International

22-30 Frankreich

sonstiges

31 andere Organisationen

32-34 GEZ

35 Dankesseite

36 Ausblick

37 Impressum

Werdegang der Piratenpartei

Eine kleine Parteigeschichte von Icehawk (Martin Haug)

Die Website der schwedischen Piratenpartei (Piratpartiet) ging am 1.1.2006 online, damit war die Partei gegründet. Es wurde eine Entwicklung in sechs Phasen vorgeschlagen: Phase 1 war die Sammlung von mindestens 2000 Unterschriften (eigentlich wurden nur 1500 benötigt), um an der Parlamentswahl teilnehmen zu können. Dieses Ziel wurde innerhalb von weniger als 24 Stunden erreicht. Insgesamt kamen bis zum 3.1. 4.725 Unterschriften zusammen.

Mit der Registrierung und der Aufstellung von Kandidaten für die Parlamentswahl waren die Phasen zwei bis fünf abgeschlossen. Dadurch wurden die Medien auf die Piratpartiet aufmerksam: Die erste große Zeitung brachte einen Bericht über die Piratpartiet, der Berichte in allen großen Zeitungen des Landes folgten. Die Piratpartiet erreichte 61% in einer Umfrage der größten Zeitung Schwedens und ein ähnliches Ergebnis bei IDG, dem größten IT-Verlag der Welt. Außerdem brachte der Onlinenachrichtendienst Slashdot einen Bericht über die Piratpartiet. Aufgrund dieser Medienberichte verzeichnete die Webseite täglich Zugriffe in Millionenhöhe. Nach einer Woche gab es Berichte über die Piratpartiet in über 500 englischen und über 600 spanischen Medien.

Am 31.5.2006 beschlagnahmte die schwedische Polizei die Server, auf denen der Bittorrent-tracker "The Pirate Bay", sowie über 200 andere unabhängige Websites, gehostet wurden. Dies führte zu massiven Protesten und gab der Piratpartiet einen großen Auftrieb: Vor der Razzia wuchs die Partei stetig, mit etwa 10 Neumitgliedern pro Tag. Am Tag der Beschlagnahmen verzeichnete die Piratpartiet dagegen 500 neue Mitglieder, am Tag danach registrierten sich weitere 930 Menschen. Die Piratpartiet war damit innerhalb von 2 Tagen von ~2100 Mitgliedern auf 3611 Mitglieder angewachsen.

Am 3.Juni.2006 veranstaltete die Piratpartiet eine "Pirate Demonstration" in Stockholm und Göteborg. Nur neun Monate nach der Gründung begann, am 17.9.2006, die sechste und letzte Phase:

Die Wahl selbst. Die Piratpartiet erreichte 34.918 (0,63%) Stim-men und wurde damit die 10. stärkste Partei des Landes. In Schülertestwahlen kam die Piratpartiet sogar auf 4,5%. Heute hat die Piratpartiet über 9.600 Mitglieder und organisiert ihren Wahlkampf für 2009 und 2010.

Angesichts des großen Erfolges in Schweden wurden in vielen Ländern weitere Piratenparteien gegründet. Als erstes die Piratenpartei Österreichs, am 31.Juli 2006. Am 10.09.2006 gründete sich in der Berliner c-base die Piratenpartei Deutschland.

Erstmalig in der Geschichte Deutschlands spielte sich die Vorbereitung einer Parteigründung vorwiegend im Internet unter den Augen der Öffentlichkeit ab. Satzung und Programm der Piraten sind durch diese transparente Vorbereitung einhellig begrüßt und fast einstimmig angenommen worden.

Aus Protest gegen das drohende Verbot sogenannter "Killerspiele" veranstalteten die Piraten am 31.03.2007 das wohl blutigste Schachspiel aller Zeiten (mit Theaterblut und Menschen statt Figuren). Es sollte dem Publikum verständlich gemacht werden, warum ein solches Verbot nicht letzten Endes dadurch erschwert wird, dass noch niemand den Begriff "Killerspiel" definiert hat. Die bereits bestehenden Regelungen (§131 StGB, zum Jugendschutz die Möglichkeit der Indizierung sowie die Einstufung der USK) reichen völlig aus. Die grundsätzlich auch bei Filmen und Schriften bestehende Gefahr, dass sich Jugendliche womöglich illegal diese Medien beschaffen können, kann kein Grund sein, diese auch für Erwachsene zu verbieten.

Außerdem ist die Piratenpartei an einer Reihe von Demonstrationen gegen die Vorratsdatenspeicherung, ein in Arbeit befindliches, verfassungswidriges Gesetz, nachdem Internet- und Telefonprovider verpflichtet werden sollen, Verbindungsdaten (wer, wo, wann im Internet gesurft hat und wer, wo, wann, mit wem telefoniert hat) mindestens 6 Monate auf Vorrat zu speichern.

Die letzte fand am 22.09.07 in Berlin statt und brachte mehr als 15.000 Menschen auf die Straße. Organisiert war die Demo, genau wie ihre Vorgänger, vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, dem auch die Piratenpartei angehört.



Quelle: AK Vorratsdatenspeicherung

Seit dem 2.10.2007 veranstaltet die Partei jeden Dienstag von 19:00 Uhr bis 21:00 Uhr bundesweit Mahnwachen gegen den Überwachungsstaat. Den Anfang machte Frankfurt, wo nahezu 100 Teilnehmer ihren Protest gegen die zunehmende Durchleuchtung der Bürger in Deutschland zum Ausdruck brachten. Aber nicht nur in Frankfurt finden solche Mahnwachen statt, sondern in allen deutschen Städten ist dazu aufgerufen. Bis jetzt gibt es Mahnwachen in Frankfurt, Berlin, Dortmund, Dresden, Hannover, Köln, Jena, Juist und Wetzlar. Die Zeit ist immer gleich: Jeden Dienstag ab 19:00 an einem zentralen Ort der jeweiligen Stadt. (mh)

Killerschach

Am 31.03.2007 veranstaltete die Piratenpartei Deutschland gleichzeitig in Berlin und Nürnberg Aktionen gegen ein von der CSU erneut gefordertes generelles Verbot so genannter "Killerspiele". Es sollte dem Publikum verständlich gemacht werden, warum ein solches Verbot nicht letzten Endes dadurch erschwert wird, dass noch niemand den Begriff "Killerspiel" definiert hat. Die bereits bestehenden Regelungen (§131 StGB, zum Jugendschutz die Möglichkeit der Indizierung sowie die Einstufung der USK) reichen völlig aus. Die grundsätzlich auch bei Filmen und Schriften bestehende Gefahr, dass sich Jugendliche womöglich illegal diese Medien beschaffen können, kann kein Grund sein, diese auch für Erwachsene zu verbieten.

Die Aktion

Die Piratenpartei spielte Schach: auf einem Kreideschachbrett und mit Menschen statt Holzfiguren. 15 Spieler wurden in weiß und schwarz gekleidet und mit Farbbeuteln präpariert. Die Figuren bezogen Stellung und das Spiel konnte beginnen. Wurde ein Spieler geschlagen, so blieb er mit Theaterblut bespritzt liegen.

Wie die PIRATEN zeigen wollten, waren die unterschiedlichsten Alters- und Berufsgruppen anwesend und bekundeten den Darstellern ihre moralische Unterstützung. Auch allein erziehende Mütter mit Kind blieben stehen und bestätigten, was Politiker nicht einsehen wollen: Nicht Videospiele sind es, die einen Jugendlichen austicken lassen, sondern soziale, berufliche oder familiäre Probleme. Abgesehen davon würden die vorhandenen Gesetze zum Schutz der Jugend vollkommen ausreichen, wenn sie eingehalten würden. „Und außerdem“, so eine Mutter, „ist es Aufgabe der Eltern, zu kontrollieren, womit die Kinder am Monitor ihre Zeit verbringen.“

Berlin

In Berlin dauerte das Spiel etwa 45 Minuten und endete mit schweren Verlusten auf beiden Seiten. Schwarz gelang es schließlich, den weißen König zu schlagen. Während der Veranstaltung waren konstant über 100 Zuschauer anwesend. Insgesamt haben gut 400 Leute die Aktion verfolgt. Von Piraten-Sympathisanten wurde ein Kameramann mit Ausrüstung gestellt und die Pressesprecher waren durchweg ausgelastet.

Nürnberg

Die Position der lebenden Figuren auf dem Kreideschachbrett wurde auf einem kleinen Schachcomputer nachgestellt, so dass die Zuschauer entscheiden konnten, wer als nächstes „das Zeitliche segnen“ sollte. Viele Lacher, aber auch viel nachdenkliches Stirnrunzeln erntete schließlich das "Ableben" einer jeden Spielfigur.



Die blutverschmierten "Opfer" der Aktion

Fazit

Der Veranstalter Piratenpartei Deutschland ist mit den Aktionen als Auftaktveranstaltungen zufrieden. Durch das Interesse, welches sowohl Presse als auch Zuschauer gezeigt haben, sieht sich die Piratenpartei in ihren Zielen bestätigt und wird weiterhin dafür kämpfen! (mh)

Ein Trojaner für Beckstein

Der geplante Einsatz des Bundestrojaners ruft nicht nur sämtliche Datenschützerverbände auf den Plan, auch die Piratenpartei Bayern sieht sich zum Handeln veranlasst. Also drehten sie den Spieß einfach um: eine kleine Delegation wollte dem bayerischen Innenministerium am 19. März 2006 symbolisch einen selbstgebauten "Trojaner" übergeben: ein über 2 Meter großes „Trojanisches Pferd“ aus Pappkarton und Alufolie, verkleidet mit Computerplatinen und Telefonhörern.

Was das soll, erklärt Daniel Albert, erster Vorsitzender des Landesverbandes. „Das ist unsere Version eines „Bundestrojaners“ – nicht vom, sondern für den Staat.“, so der Nesselwanger. Denn der ist es, der überwacht werden muss, nicht der Bürger.



Der Bürgertrajaner - klar zum Einsatz

Die Empfänger zeigten jedoch wenig Verständnis für dieses außergewöhnliche „Geschenk“. Nach einigen Minuten des Wartens wurden die anwesenden PIRATEN zunächst gebeten, den Sicherheitsbereich vor dem Haupteingang mitsamt dem Trojaner zu verlassen. Der Bitte, den Eingangsbereich zu verlassen, leisteten die PIRATEN dann auch widerstandslos Folge. Die PIRATEN sehen die Aktion als Erfolg. So auch Andreas Scheibleger aus Traunreut. „Wir wollten damit die Debatte über den Bundestrojaner und den staatlichen Überwachungswahn wieder aus der Versenkung holen und die Leute darauf aufmerksam machen. Und das ist uns gelungen. Außerdem hat das Ministerium mit seiner Reaktion genau das gezeigt, was wir denken: niemand will einen Bundestrojaner im Haus haben!“ (mh)

Was ist der Bundestrojaner?

Der Bundestrojaner ist ein Ausdruck im Netzjargon und bezeichnet ein Computerprogramm zum heimlichen Ausspähen von Daten zum Zwecke der Strafverfolgung. Die sogenannte Online-Durchsuchung durch staatliche Ermittlungsbehörden in Deutschland. Geheime Online-Durchsuchungen verstoßen gegen das Grundrecht auf die Unverletzlichkeit der Wohnung. Die Begründungen sind weder formuliert noch ist eine Erfolgsaussicht vorhanden. Scheinargumente wie Terrorabwehr und Kindesmissbrauch begründen einen realitätsfernen Aktionismus, der weder der beschworenen Gefahrenabwehr, noch der Sicherheit im Allgemeinen dient. Im Gegenteil: Online-Durchsuchungen, wie sie derzeit vorgeschlagen werden, bedrohen unsere Demokratie in ihren Grundwerten.



Eine Statue als Bundestrojaner auf der "Freiheit statt Angst"-Demo

Mahnwachen

Seit dem 2.10.2007 finden in vielen deutschen Städten regelmäßige Mahnwachen statt. Veranstaltet werden sie von der Piratenpartei und anderen besorgten Bürgern, unter anderem auch aus dem Umfeld des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung. Mit der Aktion wollen die Veranstalter auf die schleichende Zerstörung unseres Rechtsstaates, durch "Sicherheitswahn und Überwachungsfetisch" aufmerksam machen. Um zu demonstrieren, wie verheerend sich die Einführung der geplanten Gesetze auswirken könnte, schweigen alle Teilnehmer um 20:00 Uhr für 15 Minuten - in Zukunft traut sich vielleicht niemand mehr, etwas zu sagen.

Es soll dem Publikum nahegebracht werden, dass die von der Regierung angestrebte Überwachung nicht der Verbrechensbekämpfung dienlich ist, sondern im Gegenteil unseren freiheitlichen Rechtsstaat untergräbt und von innen heraus zerstört: Maßnahmen wie der Bundestrojaner oder die Vorratsdatenspeicherung bringen nicht mehr Sicherheit, sondern bergen stattdessen das Risiko, dass die gesammelten Daten missbraucht und gestohlen werden können.

Die Mahnwachen werden jeden Dienstag von 19:00 – 21:00 Uhr bundesweit abgehalten, jeweils an einem zentralen Ort der jeweiligen Stadt. Welche Städte beteiligt sind und wo genau die Mahnwachen stattfinden, kannst Du unter <http://wacht.org> nachlesen. Jeder engagierte Bürger ist angehalten, sich zu beteiligen oder eigene Mahnwachen abzuhalten.

Die erste Mahnwache fand, unter dem Motto "FrankfurtErWacht --- Mahnwache gegen den Überwachungsstaat" am 2.10.2007 in Frankfurt/Main statt. Seitdem haben sich weitere Städte der Aktion angeschlossen. Bei den ersten Mahnwachen fanden sich in Frankfurt knapp hundert und in Jena fünfzig Teilnehmer ein. Darüber hinaus finden momentan Mahnwachen in Hannover, Berlin, Dortmund und Köln statt. (mh/hp)



FrankfurtErWacht - und schweigt gegen den Überwachungsstaat

Achtung Unterschriften werden gebraucht:

Die Piraten in Hessen und Niedersachsen brauchen noch dringend Unterschriften, um zu ihren jeweiligen Landtagswahlen antreten zu können! Beide Landesverbände haben noch bis zum 22.11.2007 Zeit. Die Hamburger Piraten benötigen ebenfalls Unterschriften! Bitte unterstütze sie mit deiner Unterschrift, falls Du in einem der Bundesländer wohnst! piratenpartei-niedersachsen.de, piratenpartei-hessen.de und piratenpartei-hamburg.de

Was ist Filesharing?

Eine Definition des Begriffs "Filesharing" aus der Diplomarbeit von Martin Häcker

Die Piratenpartei ist aus der Auseinandersetzung um Filesharing entstanden. Da Urheberrechte aus wirtschaftlichen Interessen ausgeweitet und Konsumentenrechte eingeschränkt werden, braucht die Diskussion in Deutschland ein Gegengewicht wie die Piratenpartei, die fundiert und sachlich die negativen Folgen der gegenwärtigen Entwicklung aufzeigt und sich für Alternativen einsetzt.

Essenziell für die Arbeit der Piratenpartei ist ein fundiertes, klares und einheitliches Verständnis über die verwendeten Begriffe. Dazu möchten wir mit diesem Vorabauszug aus unserer Diplomarbeit beitragen, in dem wir den Begriff 'Filesharing' aus technischer und historischer Sicht definieren.

Es gibt zwei wesentliche Verständnisse des Begriffes Filesharing, die sich gegenseitig ausschließen:

Einerseits gibt es die Meinung, dass Filesharing Diebstahl am "geistigem Eigentum" darstellt, während andere unter Filesharing das Teilen und Vermehren von Wissen verstehen.

Auf der anderen Seite stehen Einzelpersonen, Nicht-regierungsorganisationen (NGOs) wie z.B. Verbraucherschutzverbände und die Piratenparteien. Die deutsche Piratenpartei definiert ihre Forderung im Abschnitt "Freies Kopieren und freie Nutzung" des Parteiprogramms. Ihr Ziel ist, "das nichtkommerzielle Kopieren, Zugänglichmachen, Speichern und Nutzen von Werken nicht nur zu legalisieren, sondern explizit zu fördern, um die allgemeine Verfügbarkeit von Information, Wissen und Kultur zu verbessern, denn dies stellt eine essentielle Grundvoraussetzung für die soziale, technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft dar." (Piratenpartei Deutschland 2006)

Diese Bedeutung ist sowohl mit dem wissenschaftlichen Diskurs als auch dem gesellschaftlichen Verständnis von Filesharing konform.

Motivation

Derzeit findet eine rege Debatte um Filesharing statt, ohne dass die Teilnehmer sich auf eine gemeinsame Definition für den grundlegendsten Begriff 'Filesharing' geeinigt haben. Entweder ist eine genaue Definition schwierig oder der Begriff wird nach dem Ziel der argumentierenden Personen beliebig umgedeutet. Diese Entwicklung ist durchaus verständlich, verfügen doch viele wissenschaftliche Fachrichtungen gar nicht über die Konzepte und das Vokabular, um das Phänomen Filesharing zu beschreiben.

Wortanalyse 'Filesharing'

Für eine logisch stringente und klare Definition aus der Informatik ist die Analyse des Wortes 'File-sharing' und die Betrachtung der technischen Entwicklung zwingend erforderlich.

Intuitiv ist Filesharing der Austausch von Dateien zwischen Benutzern.

Genauer: Das englische 'sharing' hat wie das deutsche 'teilen' zwei Bedeutungen, die sich aus der Art des geteilten Guts ergeben. Unterschieden werden materielle Güter, die nur begrenzt vorhanden sein können (wie ein Kuchen oder Fahrrad) und immaterielle Güter, die beliebig oft reproduzierbar sind (wie Ideen oder Lieder).

Werden materielle Güter geteilt, so vermindert sich mit jeder zusätzlich teilhabenden Person der Nutzwert pro Person: Die Stücke eines Kuchens, der in drei Teile geteilt wird, sind kleiner als die eines Kuchens, der halbiert wird. Einige materielle Güter wie Fahrräder, die nur eine exklusive Nutzung erlauben, können nicht sinnvoll in mehrere Teile aufgeteilt werden. Solche Güter können aber über die Zeit geteilt werden. Das Fahrrad steht dann für jeden Nutzer nur über einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung, innerhalb dessen allerdings mit seinem vollen Nutzwert. In diesem Sinne wird Sharing auch als 'gemeinsame Nutzung' übersetzt.

Immaterielle Güter unterliegen beim Teilen nicht den Einschränkungen materieller Güter. Das Sharing oder Teilen immaterieller Güter muss vielmehr als Kopieren verstanden werden. Teilt ein Programmierer sein angesammeltes Wissen mit einem unerfahrenen Lehrling, so sind am Ende beide im Besitz des Wissens.

Dieses Prinzip lässt sich auf alle immateriellen Güter ausdehnen, insbesondere auf Wissen und Informationen. Thomas Jefferson formulierte das so: "He who receives an idea from me, receives instruction himself without lessening mine; as he who lights his taper at mine, receives light without darkening me." (Jefferson 1813) ("Er, der eine Idee von mir erhält, erhält selbst Wissen, ohne meines zu schmälern; wie er, der seine Kerze bei mir entzündet, erhält er Licht ohne meines zu verdunkeln.")

Sharing

Kann bei immateriellen Gütern daher nicht nur als 'teilen' sondern auch als 'teilhaben', 'verteilen', 'vermehren' oder 'lehren' übersetzt werden.

File

Hierbei handelt es sich um die Bezeichnung des geteilten Gutes. 'File' ist englisch und bedeutet Datei. In der Informatik versteht man unter einer Datei eine strukturierte Ansammlung von Daten. Werden diese Daten vom Menschen interpretiert, spricht man von Informationen, oder andersherum: Daten sind nichts anderes als maschinenlesbare Informationen. Die synonyme Verwendung von Datei mit Informationen wird noch deutlicher, wenn die weiteren Bedeutungen von 'File' im Englischen berücksichtigt werden: Akte, Hefter, Mappe, etc. Ob ein Kuchenrezept nun in einem Ordner abgeheftet ist, in einer Mappe liegt oder als .html-Datei auf der Festplatte gespeichert ist - das Rezept ist die für den Menschen relevante Information, nicht die Form, in der es abgelegt ist. Das macht deutlich, dass mit 'file' nicht der Container sondern die darin enthaltene Information gemeint ist.

Führt man die beiden Begriffe 'file' und 'sharing' zusammen, kann mit Sharing nur das nicht-exklusive Teilen gemeint sein. Filesharing bedeutet, dass eine Person eine Andere an ihren Informationen teilhaben lässt. Nach dem Teilvorgang haben mehr Personen Zugriff auf die geteilte Information als davor. Zusammengefasst: Filesharing ist der nichtexklusive Zugriff auf Informationen mittels Computern.

Missverständnisse um die Reichweite des Begriffs Filesharing

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird Filesharing oft in einem engeren Sinne als dem hier verwendeten gebraucht. Noch vor wenigen Jahren wurden Informationen hauptsächlich über physikalische Datenträger wie Disketten und CDs weitergegeben. Darin sehen wir heute den Ursprung des Filesharings. Mit der zunehmenden Verbreitung des Internets wurde das Tauschen spezieller Informationen wie Musik, Filmen und Software über Computernetzwerke als Filesharing verstanden. Die extremste Einschränkung des Begriffes ist seine Gleichsetzung mit dem Tauschen urheberrechtlich geschützter Inhalte über Peer-to-Peer-Filesharingnetze.

Dass diese verkürzte Verwendung irreführend ist, wird deutlich, wenn man grundlegende Anwendungen des Internets betrachtet. Das World Wide Web z.B. funktioniert, indem Server HTML-Dateien verbreiten, die ein Webbrowser herunterlädt und anzeigt. Das Betrachten einer Internetseite ist demnach nichts anderes als ein Filesharing-Vorgang, also der nichtexklusive Zugriff auf bestimmte Informationen. Der Effekt ist derselbe, als würde er die Informationen über P2P-Tauschbörsen wie BitTorrent, eDonkey oder Kazaa bereitstellen.

Ähnlich verhält es sich bei E-Mail: Die darin enthaltene Information wird dupliziert und liegt dann sowohl beim Absender, als auch beim Empfänger vor. Auch hier handelt es sich wieder um einen nichtexklusiven Zugriff auf Informationen.

Aus technischer Sicht 'verschickt' der Absender eine E-Mail, indem er sie auf einen Server kopiert, und der Empfänger lädt sie dann von einem anderen Server herunter. In der Tat ist man nicht in der Lage zu kontrollieren, ob und welche der zwischenliegenden Relais-Server auch noch Kopien dieser E-Mail vorhalten, so dass es zu weiteren (unbeabsichtigten) Zugriffsvorgängen auf die versendeten Informationen kommen kann.

Tatsächlich sind alle Internet-Dienste darauf aufgebaut, dass Daten und damit Informationen kopiert werden. Oft ist die Umsetzung der Systeme so, dass es für den Benutzer erscheint, als würden Informationen bewegt anstatt kopiert. Ein einfaches Beispiel dafür ist cut 'n' paste, Ausschneiden und Einsetzen. Aus Benutzersicht wird das Objekt bewegt, ähnlich einem Auto, das umgeparkt wird. Tatsächlich handelt es sich jedoch um die Verknüpfung eines Kopier- und eines Löschvorgangs. Mit Hilfe von Programmen wird versucht, bei immateriellen Gütern bestimmte Eigenschaften materieller Güter vorzutauschen. Damit entstehen Abstraktionen, die den gewohnten Arbeitsumgebungen der Nutzer entsprechen (wie einem Dokument, das man von einem Ordner in einen anderen legen kann). Die Verwendung dieser Abstraktionen erleichtern dem Nutzer das intuitive Verständnis der Programme.

Diese Abstraktionen haben jedoch den Nachteil, dass sie verdecken, was tatsächlich passiert. Damit sorgen sie in dieser Diskussion für Verwirrung und erschweren es, die eigentlichen Potentiale der Filesharing-Technologie zu sehen. Immaterielle Güter haben andere Eigenschaften als materielle Güter. Die für uns wichtigste Eigenschaft ist die nahezu kostenfreie Kopierbarkeit immaterieller Güter, deren Durchführung Filesharing ist. Filesharing ist als Begriff damit äquivalent zu beliebigem Informationsaustausch zwischen Menschen über Computernetzwerke.

Der Begriff Filesharing muss sich also über Tauschbörsen wie Napster, Gnutella, eDonkey und BitTorrent hinaus ausdehnen und alle Anwendungen des Internets wie E-Mail und das World Wide Web mit einbeziehen.

Filesharing bedeutet, digitale Informationen zur Verfügung zu stellen. Jeder Informationsaustausch zwischen Menschen, bei dem der Computer als Medium genutzt wird, ist damit Filesharing. Dies ist auch in der oben genannten Definition, 'Filesharing ist der nichtexklusive Zugriff auf Informationen mittels Computern.', enthalten, aber noch nicht explizit gesagt. Daraus folgt dann: Das gesamte Internet basiert auf Filesharing, und alle Regulierungen, Normen oder Infrastrukturänderungen, die Filesharing betreffen, wirken sich auf das gesamte Internet aus.

Fazit

Der Begriff Filesharing beschreibt das ganze Internet, denn das ganze Internet ist auf Filesharing-Technologien aufgebaut. Es ist daher unsinnig, Filesharing als schlecht zu definieren. Vor allem wirkt sich jede Regulierung, die die Möglichkeiten von Filesharing einschränkt, viel weiter aus, als nur auf P2P-Tauschbörsen.

Anmerkung

Dieser Text basiert auf Vorabauszügen unserer Diplomarbeit: "Filesharing: Parallele Entwicklung rechtlicher, technischer und gesellschaftlicher Aspekte" (Häcker, Janson 2006) an der TU Berlin. Wir veröffentlichen den Teil: "Definition des Wortes Filesharing", da der Mangel an fundierten und klar definierten Begriffen eine ernsthafte Debatte um das Thema Filesharing massiv erschwert.

Die Rechtspraxis schadet der deutschen Kultur

Am Beispiel der Mp3-Blogger-Szene in den USA und in Deutschland
Ein persönlicher Standpunkt von Musiklieb

Die grundsätzliche Diskussion um Urheberrechte, freie Lizenzen, Open Access und so weiter klammere ich hier mal aus. Es geht um die Abmahnpraxis im Internet.

Urheberrechtsverstöße im Netz müssen in den USA erst kostenfrei abgemahnt werden, bevor eine kostenpflichtige Abmahnung oder gar eine Klage berechtigt ist. In Deutschland kann man direkt kostenpflichtig abgemahnt oder gar verklagt werden. Ein kleiner Hoffnungsschimmer ist ja, dass die Abmahnkosten von Bundesjustizministerin Zypries zumindest schon mal auf 50 € abgesenkt werden sollen. Auch wenn die SPD-Politikerin in anderen Punkten oft eine andere Politik vertritt als die Piratenpartei, geht das ja schon mal ansatzweise in die richtige Richtung. Aber auch 50 Euro sind nicht für jeden ein Pappentier.

Warum schadet das deutscher Kultur?

Ist doch logisch: Das hat zur Folge, dass hierzulande weniger Kultur ins Netz geladen wird. Und wer soll deutsche Kultur promoten, wenn nicht Deutsche?

Konkreter: Vor allem in den USA gibt es eine große Musik-Bloggerszene, die ihre Lieblingssongs ins Netz stellen und eine Kritik darüber schreiben. Dabei wird immer auch auf die Kaufmöglichkeit des Songs und die Homepage des Künstlers verlinkt und nach zwei Wochen verschwinden die Stücke wieder aus dem Netz. Mit Blog-Aggregatoren wie Hype-Machine (hypem.com) oder Elbo.ws kann man diese Musik sogar durchhören, ohne jedes einzelne Blog zu besuchen. Man munkelt, dass einige Blogger sogar Deals mit Plattenfirmen haben, da das für diese natürlich trotz der rechtlichen Grauzone eine wunderbare Werbung ist.

Das eine oder andere deutsche mp3-Blog kann man mittlerweile sicherlich finden, aber grundsätzlich sind diese doch immer noch recht unterrepräsentiert. Dass hierzulande viel Musik aus anderen Ländern gehört wird, ist ja zu begrüßen, weil förderlich für den kulturellen Austausch.

Ich persönlich höre auch gerne Musik aus den verschiedensten Erdteilen, auch amerikanische Musik mag ich in der Regel sehr gerne. Speziell die Englisch sprechenden Länder haben ja den Vorteil, dass ihre Sprache international recht weit verbreitet ist und daher sowieso eine größere Akzeptanz für deren Kultur da ist. Unter anderem daher kommt es wohl auch, dass englische Texte als hip galten und gelten. Außerdem behaupten viele Textdichter, dass Englisch wegen den lautmalerschen und im Gegensatz zum Deutschen eher stereotypen Eigenschaften tatsächlich besser geeignet ist, um daraus Liedtexte zu machen. Wer hat nicht schon als Kind mal englische Songs mitgesungen, ohne den Inhalt zu verstehen?

Aber zurück zur rechtlichen Praxis. Man könnte vermuten, dass der US-amerikanische Gesetzgeber die Auswirkungen der Gesetze auf die Verbreitung der eigenen Kultur und damit die Absatzchancen für US-amerikanische Musik im Ausland voll im Blick hat. Die sind ja auch sonst sehr auf ihre geopolitischen Interessen bedacht. Dort verhindert der in anderen Punkten stark kritisierte DMCA (Digital Millennium Copyright Act) und die Fair-Use-Regelung (entspricht bei uns in etwa den Schrankenbestimmungen im Urheberrecht), dass Musik-Blogger wegen Copyrightverstößen sofort blechen müssen. Auch Youtube ist nur wegen dieser Regelung im DMCA so groß geworden. Das hätte in Deutschland gar nicht funktioniert, da die erste Abmahnung oder Lösch-Anforderung für Youtube hier im Gegensatz zu US-Amerika eben nicht kostenfrei wäre. Das deutsche, "digitale" Urheberrecht ist also nicht nur bei Musik innovationsfeindlich.

Für deutsche Musik muss man ja gar nicht erwarten, dass sie international überproportionale Verbreitung erfährt, und "nationalistisch" ist das natürlich nicht gemeint, aber müssen wir die Verbreitung unserer Kultur im eigenen Land z.B. gegenüber amerikanischer Kultur benachteiligen? Ist unser Gesetzgeber zu blöd, um diesen Zusammenhang zu kapieren oder ist er von der Lobby (internationaler) Großkonzerne beeinflusst?

Das Internetdebakel

Ein Artikel über Musik im digitalen Zeitalter
geschrieben von Janis Ian (<http://www.janisian.com>)

Zum Glück gibt es heutzutage immer mehr Künstler, die die Zeichen der Zeit erkannt haben und das Internet nicht als Bedrohung, sondern als Chance sehen. So sind inzwischen viele Alben an freier und Creative-Commons-Musik über Internetportale wie Jamendo oder Novatune verfügbar. Eine US-amerikanische Sängerin und Songschreiberin, die dies schon lange vorher festgestellt hat, ist Janis Ian. Bekannt wurde sie durch ihr erstes erfolgreiches selbstgeschriebenes Lied, "Society's Child", im Jahre 1966. Es wurde mehrfach wieder-veröffentlicht und 2001 in die "Grammy Hall of Fame" aufgenommen, wo zeitlose, für die Musikgeschichte wichtige Stücke gelistet werden. Ihr erfolgreichstes Lied ist jedoch der amerikanische Nr. 3-Hit "At Seventeen", der 1975 erschien und für den sie einen Grammy erhielt. Andere bekannte Stücke sind "Jesse", "Fly too high", "Between the Lines" und "Stars". Janis Ian ist besonders in den Niederlanden, wo sie häufig auftritt, und in Japan erfolgreich. Ihr Album Aftertones stand 6 Monate lang an der Spitze der japanischen Hitparade.

Der nun folgende Artikel von ihr entstammt dem Jahre 2002 und beschreibt ihre Erfahrungen mit dem Effekt von Downloads auf Verkaufszahlen. Der Originalartikel ist unter [1] zu finden. Der Abdruck in diesem Magazin basiert auf einer Übersetzung von Ralf Hagen. Ursprünglich erschien der Artikel im "Performing Songwriter Magazine, Mai 2002," worauf Michael Greene kurze Zeit später als Präsident der NARAS zurücktrat. (Musikdieb)

"Das Internet, und Herunterladen, werden so schnell nicht wieder verschwinden... Jeder, der anders denkt, sollte sich darauf vorbereiten, auf dem Schutthaufen der Geschichte zu landen." -- Janis Ian während einem europäischen Live-Radio-Gespräch, 1. September 1998

Wenn ich für einen Artikel recherchiere, sende ich normalerweise um die 30 eMails an Freunde und Bekannte, in denen ich sie um Meinungen und Anekdoten bitte. Ich bekomme normalerweise 10-20 Antworten. Aber nicht zu diesem Thema!

Ich versandte 36 eMails, in denen ich um Meinungen und Fakten über freies Herunterladen von Musik aus dem Netz bat. Ich erklärte, daß ich plante, den Blickwinkel des Advocatus Diaboli einzunehmen: Freies Herunterladen aus dem Internet ist gut für die Musikindustrie und ihre Künstler.

Ich habe, bis heute, über 300 Antworten erhalten, jede einzelne von jemandem, der rechtmäßig im Musikgeschäft ist.

Noch interessanter als die eMails sind die Anrufe. Ich kenne niemanden von der NARAS (Stifter der Grammy-Preise), und ich kenne Hilary Rosen (Kopf der Recording Industry Association of America, oder RIAA; entspricht etwa der deutschen GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte) oder dem IFPI (Interessenverband der Phonographischen Industrie) nur flüchtig. Trotzdem habe ich innerhalb von 24 Stunden, nachdem ich meine ursprüngliche eMail versandt hatte, zwei Nachrichten von Rosen und vier von NARAS erhalten, in denen ich gebeten wurde, zurückzurufen, um den Artikel zu besprechen.

Hm. Ich wußte gar nicht, daß ich so weithin gelesen werde.

Frl. Rosen, um fair zu sein, betonte, daß sie nur daran interessiert war, die Seite der RIAA zu diesem Thema zu präsentieren, und war freundlich genug, mir eine Fülle von Statistiken und Dokumenten zu schicken, inklusive mehreren Zielgruppenstudien, die die RIAA zu diesem Thema in Auftrag gegeben hatte.

Allerdings ist das Problem mit Zielgruppen das gleiche, das Anthropologen haben, wenn sie Feldstudien von Völkern machen - in dem Moment, in dem die Anwesenheit des Forschers bekannt wird, ändert sich alles. Hunderte Wissenschaftsstudien haben gezeigt, daß jede beobachtete Gruppe den Beobachter befriedigen will. Dies gilt besonders für Zielgruppen. Kaffee und Kuchen sind das wenigste, was dabei für sie rausspringt

Die Leute bei NARAS waren ein wenig penetranter. Sie erzählten mir, das Herunterladen würde Verkäufe zerstören, die Musikindustrie ruinieren, und ihr Geld kosten.

Mein Geld kosten? Ich behaupte nicht, ein Experte im Recht auf geistiges Eigentum zu sein, aber ich weiß eine Sache. Wenn ein Angehöriger der Musikindustrie behauptet, ich sollte ihrer Meinung sein, weil mir das mehr Geld einbringt, lege ich meine Hand auf meine Briefftasche... und überprüfe sie, wenn er gegangen ist, nur um sicherzugehen, daß nichts fehlt.

Ist mir all diese Hysterie verdächtig? Darauf können Sie wetten. Denke ich, mit dem Thema wird schlecht umgegangen? Absolut. Befürchte ich, Freunde zu verlieren, Gelegenheiten, meine 10. Grammy-Nomination, indem ich diesen Artikel veröffentliche? Ja. Das tue ich. Aber manchmal sind Sachen schlicht falsch, und sie sind so falsch, daß man darauf hinweisen muß.

Die grundlegende Behauptung hinter all diesem Klamauk ist, daß die Industrie (und ihre Künstler) von freiem Herunterladen geschädigt werden.

Blödsinn. Nehmen wir meine eigenen Erfahrungen. Meine Seite (www.janisian.com) bekommt durchschnittlich 75.000 Besuche pro Jahr. Nicht schlecht für jemand, dessen letzter Hit 1975 war. Als Napster in seiner Blütezeit war, erreichten uns ca. 100 Besuche von Leuten, die "Society's Child" oder "At Seventeen" frei heruntergeladen hatten, und dann entschieden, daß sie mehr wissen wollten. Von diesen 100 Leuten (und das sind nur die, die uns erzählt haben, wie sie die Seite gefunden hatten) kauften 15 CDs.

Keine großen Verkäufe, nicht? Keine Plattenfirma ist an 180 Verkäufen mehr pro Jahr interessiert. Aber... das sind €2.500, was für meine Begriffe eine Menge Geld ist. Und das enthält nicht diejenigen, die CDs in Geschäften gekauft haben, oder zu meinen Auftritten kamen.

Oder nehmen Sie die Autorin Mercedes Lackey, die ganze Regale in Buchhandlungen und Büchereien belegt. Sie sagte selbst: "In den letzten zehn Jahren haben meine drei Arrow-Bücher, die bei DAW vor etwa 15 Jahren veröffentlicht wurden, einen netten, stetigen Tantiemenscheck produziert. Ein vernünftiger Betrag, für 15 Jahre alte Bücher. Allerdings... ich habe gerade die erste Hälfte meiner DAW-Tantiemen bekommen... und plötzlich, wie aus dem nichts, bringt mir jedes der Arrows-Bücher das Dreifache des normalen Betrages ein!... Und weil diese Bücher nie vergriffen waren, und immer zusammen mit dem Rest des Verlagsprogrammes beworben wurden, war das einzig wirklich Andere, das in dieser Zahlungsperiode passiert ist, etwas bei Baen, einem meiner anderen Verlage. Es war so, daß mein Ko-Autor Eric Flint die ersten meiner Baen-Bücher auf die kostenlose Baen Free Library-Seite stellte. Weil ich spürbar mehr Bücher bei DAW als bei Baen habe, zeigte sich die Steigerung zuerst bei DAW. Es gibt eigentlich eine Steigerung bei allen Büchern nach dieser Sache. Es sieht genau so aus, wie ich es erwarten würde, wenn eine stetige Anzahl Leute, die meine Sachen nie gelesen haben, sie in der Free Library entdeckten - ein bestimmter Anteil unter ihnen mochte es, und begann, sich durch meine früheren Werke zu arbeiten, beginnend mit den am frühesten veröffentlichten Büchern. Das wirklich interessante daran ist, natürlich, daß das keine Baen-Bücher sind, sondern von DAW, einem anderen Verlag; es ist also Autorentreue anstatt Markentreue. Ich sag' Dir was, ich habe mich verkauft. Frei funktioniert wirklich."

Ich habe selbst herausgefunden, daß das wahr ist; jedes Mal, wenn wir einige Lieder auf meiner Seite freigeben, steigen die Verkäufe für alle CDs. Sehr.

Und ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber als Künstler mit einem Katalog verfügbarer Werke, die bis 1965 zurückreichen, wäre ich begeistert, die Verkäufe meiner älteren Platten steigen zu sehen.

Jetzt behaupten die RIAA und die NARAS, genauso wie die meisten der verschanzten Musikindustrie, daß freies Herunterladen Verkäufe schädigt. (Mehr als schädigt - sie sagen, es zerstöre die Industrie.)

Bedauerlicherweise braucht die Musikindustrie gar keine Hilfe von außen, sich selbst zu zerstören. Wir tun selbst schon eine sehr gute Arbeit in die Richtung, vielen Dank.

Hier sind einige Behauptungen von der Webseite der RIAA:

1. Analysten melden, daß nur eines der vielen laufenden Peer-to-Peer-Netzwerke für über 1,8 Milliarden unauthorisierte heruntergeladene Dateien im Monat verantwortlich ist. (Hilary B. Rosen, Brief an den Kongreßabgeordneten Rick Boucher, 28. Februar 2002)

2. Verkäufe von CD-R-Rohlingen sind(...)nahezu um den Faktor 2,5 in den letzten zwei Jahren angestiegen(...)wenn auch nur die Hälfte der Rohlinge, die 2001 verkauft wurden, verwendet wurden, um Musik zu kopieren, ist die Anzahl der gebrannten CDs weltweit ungefähr genauso hoch wie die Anzahl der verkauften CDs. (Hilary B. Rosen, Brief an den Kongreßabgeordneten Rick Boucher, 28. Februar 2002)

3. Musikverkäufe leiden schon von dem Einschlag(...)in den Vereinigten Staaten sind Verkäufe in 2001 um mehr als 10% zurückgegangen. (Hilary B. Rosen, Brief an den Kongreßabgeordneten Rick Boucher, 28. Februar 2002)

4. In einer aktuellen Umfrage unter Musikkonsumenten sagten 23%(...), sie kauften keine Musik mehr, weil sie ihre Musik frei herunterladen oder kopieren würden. (Hilary B. Rosen, Brief an den Kongreßabgeordneten Rick Boucher, 28. Februar 2002)

Nehmen wir uns diese Punkte mal einer nach dem anderen vor, aber lassen Sie sich von mir vorher an etwas erinnern: die Musikindustrie hatte genau die gleiche Antwort auf das Auftreten von Doppel-Kassettendecks, Kassetten, DATs, Minidiscs, VHS, BETA, Musikvideos

(Warum die Platte kaufen, wenn man sie auf Kasette aufnehmen kann?), MTV, und eine Menge anderer technischer Fortschritte, die dafür gemacht wurden, das Leben des Konsumenten einfacher und besser zu machen. Ich weiß das, weil ich dabei war.

Der einzige Grund, warum sie so nicht öffentlich auf die CD reagierten, war, weil sie glaubten, CDs seien nicht kopierbar. Ich bekam das persönlich von einem ehemaligen Leiter von Sony Marketing erklärt, als sie mich baten, "Between the Lines" auf CD für geringere Tantiemen zu lizenzieren. (Weil das eine brandneue Technik ist.)

1. Wer sagt, daß irgendjemand von diesen Leuten die CDs gekauft hätte, wenn die Lieder nicht frei verfügbar gewesen wären? Ich kann nicht eine einzige Studie darüber finden, eine, wo ein sachverständiges Marktforschungsinstitut wie Emnid den Leuten tatsächlich diese Frage stellt. Ich denke, niemand gibt eine in Auftrag, weil jeder vor der Wahrheit Angst hat - viele der heruntergeladenen Stücke sind von Leuten, die einen Künstler ausprobieren wollen, oder die die Musik nicht finden können, weil sie vergriffen ist.

Auch wenn ein Anteil dieser 1,8 Milliarden Leute sind, die einen laufenden Hit von Britney Spears oder N-Sync herunterladen, wer sagt, daß es wirklich ihre Verkäufe schädigt? Statistiken kann man leicht manipulieren. Wie viele dieser Leute würden ein Album, das monatelang im Radio totgespielt wurde, sonst kaufen, nur weil sie einen Teil davon heruntergeladen haben?

2. Der Verkauf von CD-Rohlingen ist gestiegen? Darauf können Sie aber wetten. Ich habe im Dezember einen neuen Vaio gekauft (ironisch genug von Sony), und sichere jetzt alle meine Dateien auf CD. Ich verbrauche 7-15 CDs pro Woche auf diese Weise, oder ungefähr 500 pro Jahr. Die meisten neuen PCs kommen mit XP, was Datensicherung auf CD einfach macht; wieviele Leute machen, was ich tue?

Zusätzlich, wenn ich eine neue CD kaufe, mache ich eine Kopie für mein Auto, eine Kopie für das Stockwerk oben, und eine Kopie für meinen Partner.

Das macht drei CD-Rohlinge pro CD. Also Sorge ich alleine schon für ungefähr 750 CD-Rohlinge im Jahr.

3. Ich bin sicher, der Rückgang der Verkaufszahlen hat nichts mit der Rezession der allgemeinen Wirtschaftslage, oder der stetigen Abwärtsspirale der Musikindustrie, oder dem Müll, der von Plattenfirmen vorangetrieben wird, zu tun. Sie nicht auch? Es gab 32.000 neu veröffentlichte Titel in den Vereinigten Staaten in 2001, und das beinhaltet keine Wiederauflagen, Eigenverlage, oder kleinere Firmen, die SoundScan nicht berichten. Unsere Unreleased-Serie, bei der wir uns nicht die Mühe gemacht haben, sie SoundScannen zu lassen, verkaufte 6.000+ Platten im letzten Jahr. Eine vorsichtige Schätzung würde die Anzahl der neu erschienenen CDs pro Jahr auf 100.000 schätzen. Das ist eine ziemliche Menge an Veröffentlichungen für eine Industrie, die zerstört wird. Und um die Sache schlimmer zu machen, hören wir Musik überall, ob wir wollen oder nicht: Läden, Vergnügungsparks, Autobahnraststätten. Das ursprüngliche Konzept der Hintergrundmusik (so leise in Fahrstühlen gespielt zu werden, daß ihr beruhigender Effekt unterbewußt wäre) ist außer Rand und Band geraten. Warum Platten kaufen, wenn man die gesamte Top-40 hören kann, indem man nur Lebensmittel einkauft?

4. Welche Musikkonsumenten? Schüler, die sich keine 10 neue CDs im Monat leisten können, aber ihre Lieblingsgruppen hören wollen? Als ich meinen Neffen eine neue Backstreet-Boys-CD kaufte, habe ich sie gefragt, warum sie die nicht einfach heruntergeladen hätten. Sie haben ihrer senilen Tante geduldig erklärt, daß die heruntergeladene Musik ihnen nicht die tollen Bilder und Graphiken bringen würde, und, wichtiger, das Video, das sie nur von der CD sehen könnten.

Realistisch betrachtet, warum laden sich die meisten Leute Musik herunter? Um neue Musik zu hören, oder Platten, die gelöscht wurden und nicht mehr zum Kaufen zur Verfügung stehen.

Nicht, um zu vermeiden, €5 im nächsten Gebraucht-CD-Geschäft auszugeben, oder sie vom Radio aufzunehmen, sondern um Musik zu hören, die sie nirgendwo anders finden können. Seien wir ehrlich - die meisten Leute können es sich nicht leisten, €14,99 für ein Experiment auszugeben. Deshalb sind Hörecken in Musikgeschäften (gegen die die Plattenfirmen auch gekämpft haben) so ein Erfolg.

Heutzutage kann man keine neue Musik mehr im Radio hören; ich lebe in Nashville, Music City USA, und wir haben genau einen Sender, der ein non-Top-40-Programm spielt. An einem klaren Tag kann ich ihn sogar empfangen. Die Situation ist nicht viel besser in Los Angeles oder New York. Universitäts-sender sind manchmal mutiger, aber ihre Sendeleistung ist so niedrig, daß die meisten von uns sie nicht bekommen können.

Ein anderer wichtiger Punkt: in der Hysterie des Augenblicks vergißt jeder den wichtigsten Weg, wie ein Künstler erfolgreich wird - öffentliches Interesse. Ohne Öffentlichkeit kommt niemand zu Auftritten, niemand kauft CDs, niemand macht es möglich, daß man seinen Unterhalt verdient und tun kann, was man mag. Nochmals, von persönlicher Erfahrung: in 37 Jahren als aufnehmender Künstler habe ich 25+ Alben für große Firmen gemacht, und ich habe nicht einmal einen Tantiemenschek bekommen, der nicht gezeigt hätte, daß ich ihnen Geld schulden würde. Also verdiene ich die Hauptsache meines Geldes durch Live-Touren, spiele vor 80-1.500 Leuten pro Nacht und mache meine eigenen Auftritte. Ich verbringe jede Woche Stunden mit Öffentlichkeitsarbeit, schreibe Artikel, Sorge dafür, daß die Tour-Infos auf meiner Webseite aktuell sind. Warum? Weil mir das alles öffentliches Interesse eines Publikums verschafft, das sonst nicht kommen würde. Wenn also jemand schreibt und mir erzählt, er wäre zu meinem Auftritt gekommen, weil sie ein Lied heruntergeladen hätten und neugierig geworden wären, freut mich das!

Wen schädigt also freies Herunterladen von Musik? Außer einigen Kassenschlagern wie Celine Dion, niemand. Uns wird nur geholfen.

Aber davon ist im Kongreß nichts zu hören. Senator Fritz Hollings, Vorsitzender des Handelsausschusses des Senats, der das Phänomen studiert, sagte: Wenn der Kongreß untätig diesen [Dateifreigabe-] Aktivitäten zuschaut, belohnen wir im Wesentlichen das Internet als einen Zufluchtsort für Diebstahl, dann fuhr er fort, über 10 Millionen Menschen vorzuwerfen, sie würden stehlen. [Steven Levy, Newsweek 11. Februar 02]. Das denken wir also von unseren Kunden - sie sind Diebe und wollen etwas für nichts haben.

Quatsch. Die meisten Konsumenten haben kein Problem, für Unterhaltung zu zahlen. Man muß sich nur mal den Erfolg von Fictionwise.com und den wenigen anderen Seiten ansehen, die Bücher und Musik zu vernünftigen Preisen anbieten, um das zu verstehen. Wenn die Musikindustrie einen Funken Verstand hätte, hätten sie sich mit diesem Problem vor sieben Jahren beschäftigt, als Leute wie Michael Camp versuchten, gültige Lizenzen für Musik über das Netz zu bekommen. Stattdessen war die Meinung der Musikindustrie: Es wird schon vorbeigehen. Das ist die gleiche Meinung, die CBS gegenüber Rock'n'Roll hatte, als Mich Miller der Kopf der A&R-Abteilung (Artists & Repertoire: Angestellter, der Verträge mit Künstlern abschließt und ihr Repertoire entwickelt) war. (Und Sie wundern es noch, daß sie die Beatles und die Rolling Stones weitergegeben haben.)

Ich werfe der RIAA nicht Hollings Meinung vor. Sie sind schließlich die Recording Industry Association of America, die Gemeinschaft amerikanischer Plattenfirmen, gebildet, damit die Firmen eine Lobbygruppe in Washington haben. (Mit anderen Worten, sie dürfen Spenden an Politiker und ihre Parteien zahlen.) Aber dafür, daß der Erfolg unserer Industrie auf Verständigung basiert, war die Antwort der Industrie auf das Internet verheerend. Behauptungen wie die obige helfen in keinsten Weise in der Sache.

Natürlich war die Pflege des Kontakts zur Öffentlichkeit immer die Arbeit des Künstlers, nicht der Firmen. Deshalb ist es so beängstigend, wenn Leute wie der aktuelle Präsident der NARAS, Michael Greene, anfangen, Veranstaltungen wie die Grammy Awards zu verwenden, um ihre Meinung vorwärtszubringen.

Die Einschaltquoten zur Grammy-Verleihung haben 2002 einen sechsjährigen Tiefpunkt erreicht. Ich persönlich fand das Programm so faszinierend, daß ich mich danach sehnte, daß nochmal Rob Lowe mit Schneewittchen tanzte, das war wenigstens so schlecht, daß es unterhaltsam war. Sachen wie das lächerliche Elton John-Eminem Duett haben wenig dazu beigetragen, daß sich die Leute das alles nächstes Jahr nochmal anschauen wollen. Und ich gehe noch nicht mal auf die Pulitzer Preis prämierte Serie der Los Angeles Times über Greene und die NARAS ein, wo sie zeigten, daß MusiCares weniger als 10% seines Gewinns in Hilfszahlungen für Leute in der Musikindustrie in Not aufwandte (seine Hauptfunktion), oder daß Greene sein eigenes Album aufgenommen hatte, es Leitern von Plattenfirmen zuwarf, während er mit ihnen über Grammy-Sachen redete, und dann einen Vertrag über 250.000 US\$ (ca. 225.000€) mit Mercury Records dafür aushandelte (der später wegen des öffentlichen Aufschreis zurückgezogen wurde). Oder, daß die NARAS still und leise mindestens 650.000 US\$ (590.000€) ausgezahlt hat, um einen Prozeß wegen sexueller Belästigung gegen ihn außergerichtlich zu regeln, wovon ein Teil von der gemeinnützigen Akademie bezahlt wurde. Oder, daß er pro Jahr zwei Millionen US-Dollar erhält (ca. 1,8 Millionen €), zusammen mit Boni wie eine Millionen-Dollarschwere Mitgliedschaft in einem Golfclub und ein Mercedes. (Obwohl man sich dabei wundert, wann er das letzte Mal in einem Plattenladen war und etwas mit seinem eigenen schwer verdienten Geld kaufte.)

Merken wir uns einfach mal, daß er in seiner Rede dem Publikum erzählte, daß NARAS und RIAA, zu großen Teilen, ihren Standpunkt einnahmen, um Künstler zu schützen. Er bezahlte drei Teenager, einige Tage nichts zu tun als Musik herunterzuladen, und sie schafften es, 6.000 Lieder herunterzuladen. Bitte. Für freie Plätze in der ersten Reihe bei den Grammys und einen Auftritt im überregionalen Fernsehen würde ich das doppelte herunterladen! Aber... wer hat Zeit, so viele Lieder herunterzuladen? Glaubt Greene wirklich, die Leute da draußen verbringen zwölf Stunden am Tag damit, unsere Musik herunterzuladen? Wenn sie das tun, müssen sie verhungern, weil sie nicht arbeiten oder zur Schule gehen.

Wieviele von uns können sich eine digitale Standleitung leisten?

Das zeigt mal wieder, wie Statistiken und Informationen durch die Gegend geworfen werden. Es ist schauderhaft, darüber nachzudenken, daß Konsumenten aufgefordert werden, die Verantwortung für die Probleme der Industrie zu übernehmen, die schon länger bestehen als das Internet. Es ist noch schlimmer, daran zu denken, daß den Konsumenten erklärt wird, sie müssten uns, die Künstler, schützen, wenn unsere eigene Industrie das Geld, das wir verdienen, mit Müll und persönlichen Kleinkriegen verpraßt.

Greene fuhr fort und sagte, daß viele der Nominierten heute Abend hier, vor allem die neuen, weniger etablierten Künstler, in direkter Gefahr sind, aus unserem Geschäft verdrängt zu werden. Richtig. Jeder neue Künstler, der es zu den Grammys schafft, hat Millionen Euro Geld von Plattenfirmen hinter sich. Die echten neuen Künstler sind keine Leute, die Sie im überregionalen TV sehen oder bei den meisten Rundfunksendern hören werden. Es sind die Leute, die Sie hören, weil Ihnen jemand eine CD gegeben hat, oder Sie sie als Eröffnungsgruppe bei einem Auftritt gehört haben, oder die das Glück hatten, von NPR oder einem anderen Programm aufgegriffen zu werden, das noch Platten spielt, die noch keine Hits sind.

Und was Künstler betrifft, die aus dem Geschäft verdrängt werden, die einzigen Leute, die verdrängt werden, sind die Angestellten unserer Enronmäßigen Plattenkonzerne, die in Herden gefeuert werden, weil die Leiter inkompetent sind.

Und es ist schwierig, ein gebildetes Publikum davon zu überzeugen, daß Künstler und Plattenfirmen den Bach runter gehen weil sie, die Kunden, Musik herunterladen. Vor allem, wenn sie €40-€120 pro Stück für Konzertkarten ausgeben, und €14,99 für eine neue CD, von der sie wissen, daß sie nur ein paar Euro zur Herstellung und zum Vertrieb kostet.

Mir kommt es manchmal vor, als sähe Greene Leute, die Musik herunterladen, als die Entsprechung eines Fernseh-Drogendealers alten Stils, der sich an Spielplätzen herumtreibt, einen weiten Mantel trägt und ihn vor Kindern mit großen Augen öffnet, die dann Schwarzmarkt-CDs zu großzügigen Preisen kaufen.

Was ist das neue Schlagwort der Industrie? Verschlüsselung. Sie wollen sicher gehen, daß niemand CDs kopieren kann, selbst für den Eigenbedarf, oder sie frei herunterladen kann. Brilliant, außer, daß es sich über bestehende Gerichtsurteile über Leerkassetten, leere Videokassetten, und so weiter hinwegsetzt. Und das macht die Leute wütend.

Wieviele von Ihnen wissen, daß viele Autoradiohersteller jetzt alle ihre CD-Spieler so herstellen, daß sie auch DVDs abspielen können? Oder, daß ein Teil der Verschlüsselung, die Plattenfirmen benutzen, nicht erlaubt, daß Ihre gekaufte CD in einem DVD-Spieler abgespielt wird, weil das die gleiche Technik wie auf Ihrem Rechner ist? Und wenn Sie Probleme hatten, ihre selbst aufgenommene CD von "O Brother Where Art Thou" im Auto abzuspielen, ist das wegen dieser Verrücktheit.

Die Antwort der Industrie darauf ist, auf die Hülle zu schreiben: Diese Audio-CD ist gegen unzulässiges Kopieren geschützt. Sie ist konzipiert, um in normalen Audio-CD-Spielern und Rechnern unter dem Betriebssystem Windows abspielbar zu sein; allerdings können Probleme beim Abspielen auftreten. Wenn Sie solche Probleme haben, tauschen Sie diese CD um.

Jetzt frage ich Sie. Nachdem Sie das drei oder viermal erlebt haben, in das Geschäft gehen, um die CD zu kaufen, und dann zurückgehen, um sie umzutauschen (und Sie haben Ihre Musik immer noch nicht), wer kauft dann noch CDs?

Die Industrie beklagt sich schon seit Jahren über den Würgegriff, in den der Mittelklasse-Käufer sein Geld genommen hat, aber sie wollen nichts tun, um diese Mittelklasse-Käufer zu kränken. (BMG hat eine strikte Politik für Künstler, die ihre eigenen CDs kaufen, um sie auf Konzerten zu verkaufen - in den Vereinigten Staaten 11 US\$ pro CD. Sie wissen sehr gut, daß die meisten von uns Geld verlieren, wenn wir soviel zahlen; das Ziel ist es, die großen Plattenläden glücklich zu machen, indem sichergestellt ist, daß die Verkäufe an sie gehen. Was wirklich passiert, ist kein Umsatz für uns und die Geschäfte.) Die NARAS und die RIAA klagen über die kleinen Tante-Emma-Plattenläden, die aus dem Geschäft gedrängt werden; niemand hat härter daran gearbeitet, sie zu verdrängen, als unsere eigene Industrie, die jede neue WoM oder Mega-Store freudig erregt begrüßt, und Großdiscountern wie Wal-Mart beträchtliche Rabatte anbietet, wenn sie CDs ins Programm nehmen. Das Internet hat null zu tun mit Geschäftsaufgaben und rückgängigen Verkäufen.

Und die von uns, die Plattenverträge mit großen Firmen haben und einige unserer Stücke zum freien Herunterladen zur Verfügung stellen wollen... nun, den Plattenfirmen gehören unsere Masterbänder, unsere Schnitte, selbst unsere Demos, und sie wollen es nicht erlauben. Des weiteren gehören ihnen unsere Stimmen für die Dauer des Vertrages, so daß wir nicht mal eine Live-Aufnahme zum Herunterladen frei geben können!

Wenn man darüber nachdenkt, sollte die Musikindustrie sich eigentlich über diesen neuen technischen Fortschritt freuen! Hier ist eine narrensichere Möglichkeit, Musik an die Millionen zu liefern, die sonst niemals eine CD im Geschäft kaufen würden. Die Möglichkeiten zur Quervermarktung sind unglaublich. Es ist schnell, die Kosten sind minimal, Versandkosten gibt es nicht... ein umwerfender Träger für höhere Gewinne und niedrigere Kosten. Stattdessen rennen sie durch die Gegend wie geköpft Hühner, bluten jeden voll und ergeben keinen Sinn.

Als Alternative dazu, alles zu verschlüsseln, und Geld für Jahre (möglicherweise Jahrzehnte) zu binden, indem man Rechtsstreite mit Konsumenten ausficht, die ihre Rechte aus dem ersten Anhang der Verfassung der Vereinigten Staaten geschützt wissen wollen (Prozesse, die die Konsumenten immer gewonnen haben, wie man an der Verfügbarkeit von Audio- und Video-Leerkassetten sieht), warum nimmt man nicht einen Rat von Buchverlagen und Autoren an?

Die Baen Free Library ist so eine Erfolgsgeschichte. Die SFWA (Science Fiction and Fantasy Writers of America, Verband amerikanischer Science-Fiction- und Fantasy-Autoren) ist eine andere. Die Seite der SFWA ist eine der besten Ratgeberseiten für Autoren, auf der fachkundige Artikel über alles von Betrugsversuchen von Agenten und Verlagen bis zu einer fortlaufenden Serie von Nachrichten über verschiedene Themen von geistigem Eigentum veröffentlicht sind. Wichtiger, viele der SF-Autoren, die sie vertritt, waren von Anfang an stark am Internet beteiligt. Jedes Jahr, wenn die SF-Gemeinschaft über die renomierten Hugo- und Nebula Award-Preise abstimmt, werden die meisten der Werke vollständig auf die Seite gestellt, was den Wählern und Nicht-Wählern die Möglichkeit eröffnet, sie durchzulesen. Frei. Wenn Sie Mitglied oder Partner (für einen Nominalbetrag) sind, haben Sie sogar auf noch mehr Werke Zugriff. Die Seite ist weiterhin voll von Verweisen auf die Webseiten der Mitglieder und Geschichten Online, selbst wenn sie für nichts nominiert sind. Wenn sie dieses Material, wieder kostenlos, lesen, können Betrachter entscheiden, über welche Autoren sie mehr wissen wollen - und ihre Bücher kaufen. Wäre es nicht schön, wenn alle für Preise nominierten Platten jedes Jahr zum freien Herunterladen verfügbar gemacht würden, selbst wenn das nur die Gewinner werden würden? Leute, die das Album noch nicht gekauft haben, könnten sich die Singles anhören, dann rausgehen und die Platte kaufen.

Ich habe nichts dagegen, wenn Greene und andere versuchen, die Plattenfirmen zu schützen, das sind diejenigen, die die Hysterie nähren. Die RIAA ist von ihnen gegründet worden. Die NARAS wird von ihnen unterstützt.

Ich habe nichts dagegen, wenn Greene und andere versuchen, die Plattenfirmen zu schützen, das sind diejenigen, die die Hysterie nähren. Die RIAA ist von ihnen gegründet worden. Die NARAS wird von ihnen unterstützt. Ich widerspreche aber entschieden der Behauptung, sie täten das in irgendeiner Weise zu unserem Nutzen. Wenn sie wirklich etwas für die große Mehrheit der Künstler tun wollten, die sich gegen alle Widrigkeiten durchschlagen, könnten sie einige der echten Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, ansprechen:

- Der normale Plattenvertrag ist über sieben Alben, ohne Enddatum, was in anderen Sparten bestenfalls als Knebelvertrag (und schlimmstenfalls Sklaverei) bezeichnet würde. Es wäre faktisch illegal.

- Eine Firma kann Ihr Projekt in der Schublade verschwinden lassen, dann Ihren Vertrag um ein weiteres Album verlängern, weil was Sie eingereicht haben geschäftlich oder künstlerisch unakzeptabel sei. Sie alleine bestimmen die Kriterien.

- Sänger-Komponisten müssen die Kontrollierte Kompositions-Klausel unterschreiben (die besagt, daß sie nur 75% des Betrages für jeden Haupt- oder Nebenverträge ausgezahlt bekommen, der vom Kongreß als Veröffentlichungstantiemen festgesetzt wurden, oder den Vertrag verlieren). Einfach gesagt, die Klausel, die von den Firmen verlangt wird, besagt, daß a) wenn Sie ihre eigenen Lieder schreiben, werden sie nur mit 3/4 von dem bezahlt, was der Kongreß den Plattenfirmen erzählt hat, was sie Ihnen zahlen müßten, und b) wenn Sie mitschreiben, werden Sie ihre besten Bemühungen einsetzen, um sicherzustellen, daß andere Komponisten die 75%-Rate auch akzeptieren. Wenn sie ablehnen, müssen sie sich einverstanden erklären, die Differenz aus Ihrem Anteil zu zahlen.

- Die vom Kongreß festgesetzten Schreiber/Verleger-tantiemen sind von der Höhe von 1960 (2% pro Seite) auf freigiebige 8% gestiegen.

- Viele von uns haben in den 50ern oder 60ern angefangen; unsere Platten werden immer noch aufgelegt, und uns werden immer noch Tantiemen von 2% (wenn überhaupt) für sie gezahlt.

- Wenn wir keine Komponisten sind, und nicht kommerziell extrem erfolgreich (wie in Platin oder mehr), machen wir keinen Cent mit unseren Aufnahmen. Die Abrechnungsmethoden der Plattenindustrie sind genauso hoch wie die der Filmindustrie.

- Noch schlimmer, wenn Platten vergriffen werden, bekommen wir sie nicht zurück! Wir können sie nicht mal an eine andere Firma verkaufen. Auf diese Weise wurden schon bewußt Karrieren zerstört, indem die Plattenfirma sich weigerte, ein Produkt herauszubringen, oder dem Künstler zu erlauben, es woanders zu versuchen.

- Und weil eine Plattenfirma Ihre Stimme für die Dauer des Vertrages gehört, können Sie auch nicht woanders hin gehen und die gleichen Lieder, die sie abgelehnt haben, neu aufnehmen.

- Und wegen der Vorkehrungen gegen Neu-aufnahmen können Sie nicht mal nach Ablauf Ihres Vertrages über Jahre, manchmal Jahrzehnte, hinweg diese Lieder für jemand anders aufnehmen.

- Nicht zuletzt sind die Vereinigten Staaten das einzige Land, das ich kenne, das keine Tantiemen für Live-Auftritte an Komponisten zahlt. In Europa, Japan, Australien, wenn Sie dort mit dem Auftritt fertig sind, reichen Sie Ihre Liste beim Veranstalter ein, der es an die entsprechende Organisation weiterleitet, und dann eine kleine Tantieme pro Lied an den Schreiber zahlt. Es kostet den Sänger nichts, die Raten basieren auf der Größe der Veranstaltung, und es stellt sicher, daß Schreiber, deren Lieder nicht mehr im Radio gesendet, aber immer noch weithin aufgeführt werden, immer noch die Früchte dieser Lieder bekommen.

Des weiteren sollten wir mal den Mund aufmachen, und der Kongreß sollte zuhören. Bis jetzt hören sie nur von Multi-Platin-Gruppen. Was ist mit jemandem wie Ani Difranco, einer Stimme, der im Bereich Unterhaltung in Universitäten am meisten vertraut wird? Was ist mit denen von uns, die den größten Teil ihres Lebens außerhalb der großen Firmen leben, und die sehr andere Sichtweisen zu diesem Thema haben könnten?

Es gibt null Beweis dafür, daß Material, das kostenlos zum Herunterladen über das Netz verfügbar ist, jemandem finanziell schadet. Faktisch gibt es die meisten harten Beweise für genau das Gegenteil.

Greene und die RIAA liegen in einer Sache richtig - in diesen Zeiten gibt es in unserer Industrie große Veränderungen. Aber zu einer Zeit, in der in den Vereinigten Staaten wohl nur noch vier Plattenfirmen übrig geblieben sind (Sony, AOL/Time-Warner, Universal, BMG - und wo ist der RICO-Act (The Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act, Gesetz gegen erpresserische Beeinflussung und korrupte Organisationen), wenn man ihn mal braucht?)... wenn ganze Genres die Gangster-Mentalität glorifizieren und ihre lautesten Stimmen an die Gewalt verlieren... wenn Geschäftsführer ihre Positionen so oft wechseln, wie Zsa Zsa Gabor ihre Garderobe, und A&R ein Euphemismus für Absent & Redundant (Abwesend & Überflüssig) geworden ist... dann haben wir wohl andere Dinge, um die wir uns kümmern müssen.

Es ist absurd für uns, die Künstler, es zu billigen - oder zu ermutigen -, daß so etwas beendet wird. Es war reine Dummheit, sich über die Napster-Entscheidung zu freuen. Kurzsichtig und ignorant.

Freies öffentliches Interesse ist für Unterhalter praktisch etwas aus der Vergangenheit. Dafür zu sorgen, daß unsere Platten im Radio gespielt werden, kostet mehr Geld, als die meisten von uns träumen können, je zu verdienen. Freies Herunterladen gibt jedem Eigenverleger da draußen eine Chance. Jede Gruppe, die aus irgendeinem Grund keinen großen Plattenvertrag bekommen kann, kann so im wahrsten Sinne des Wortes Millionen neuer Hörer erreichen und neugierig machen, die CD zu kaufen oder zu den Konzerten zu kommen. Wo sonst kann eine Nachwuchsgruppe, oder eine die keinen Plattenvertrag hat, diese Art von Öffentlichkeit bekommen?

Bitte beachten Sie, daß ich nicht für wahlloses Herunterladen ohne Einverständnis des Künstlers spreche. Ich sage nicht, Urheberrechte seien bedeutungslos.

Ich protestiere gegen die Behauptung der RIAA, sie täten das, um die Künstler zu schützen, und uns mehr Geld zu machen. Ich bin verärgert, daß so viele Platten, die ich einmal hatte, jetzt vergriffen sind, und ich sie einzig und allein auf Napster finden konnte. Am meisten von allem will ich ein Ende der Hysterie sehen, die dafür sorgt, daß eine Gruppe wie die RIAA über 45 Millionen US-Dollar (ca. 41 Millionen €) für uns ausgibt, während jede Plattenfirma da draußen sich beschwert, sie haben kein Geld.

Leute, wenn wir nicht aufpassen, werden wir zu Microsoft, und bestehen darauf, daß jeder Haushalt, der eine Privatkopie für das Auto, die Kinder, oder den tragbaren CD-Spieler haben will, Mehrkopien lizenzieren muß.

Als Künstler haben wir das Ohr an den Massen. Wir haben das Vertrauen der Massen. Wenn wir in unseren Konzerten und in der Presse den Mund aufmachen, können wir viel tun, um diese Hysterie zu dämpfen, und die Schuld an dem traurigen Zustand unserer Industrie zurück dorthin schieben, wo sie hingehört - in den Schoß der Plattenfirmen, Rundfunk- Programmdirektoren, und unserer eigenen offensichtlichen Unfähigkeit, uns zu organisieren, um unser Leben besser zu machen - und das unserer Fans. Wenn wir die Zügel nicht aufnehmen, wird es niemand tun. (ji)

Quellen:

- Baenbooks.com, BMG Records, Chicago Tribune, CNN.com, Congressional Record, Eonline.com, Grammy.com, LATimes.com, Newsweek, Radiocrow.com, RIAA.org, persönliche Verbindungen.
- Für mehr Informationen über die englische Free Library, gehen Sie auf www.baen.com/library.
- http://www.janisian.com/article-internet_debacle.html

Lesen Sie auch Janis Ians Folgeartikel: "Nachbeben - ein Folgeartikel zum Internet Debakel" in der nächsten Ausgabe.

Links:

- http://www.janisian.com/article-internet_debacle.html

RFID@Metro

Ein Artikel über den Future Store der Metro und den Einsatz von RFID-Technik

Samstag 15.05.2007 – Rheinberg, Moerser Str. 28-36, Metro Future Store – 11:02:43

Mathew Kane betritt den Metro Future Store und nimmt sich einen Einkaufswagen. An diesem hängt auch ein so genannter „Persönlicher Einkaufsberater“. Hierbei handelt es sich um einen kleinen Computer, den man an den Einkaufswagen anklammern kann. Der PSA kann zu jedem Produkt das in seine Nähe gehalten wird, ausführliche Informationen anzeigen. Beispiele sind etwa: Preis, Fettgehalt, CD-Inhalte, Kurzkritiken, Herkunftsland u. ä. Was Kane sich nicht klar macht: Alle Informationen sind stark geschönt.

Kane sucht das Fleischregal, dabei wird er von seinem PSA geführt. Der führt ihn allerdings auf Umwegen zum Ziel, damit Kane an möglichst vielen Produkten vorbeikommt. So auch an einem Schild, das die „Vorteile“ der RFID-Technologie anpreist: Unter anderem steht dort: „Durch den Persönlichen Einkaufsberater, weiß der Kunde jederzeit, was er kauft.“ Wer die Richtigkeit und Vollständigkeit der Informationen sicherstellt, sagt das Schild nicht. Auch wird verschwiegen, dass diese Funktion überhaupt kein RFID bräuchte: Der normale Strichcode würde dafür bereits ausreichen. Weiter heißt es: „Mit RFID ist der intelligente Kühlschrank, der weiß was er enthält und automatisch nachbestellt, nicht mehr fern.“ Die Kehrseite der Medaille wird wieder verschwiegen: Der Kühlschrank weiß nicht nur was er enthält, er erzählt es womöglich auch bereitwillig weiter. So könnten z.B. bei ungesunder Ernährung die Krankenkassen-beiträge erhöht werden.

Kane hat die Fleischwaren immer noch nicht gefunden, aber dafür hat er zufällig ein T-Shirt gesehen, das ihm gefällt.

Spontan möchte er dieses kaufen. So fragt er eine Verkäuferin: "Entschuldigung, wo finde ich die Umkleide?". "Es gibt hier keine normale Umkleide. Stattdessen stellen Sie sich einfach vor den Spiegel da vorne und drücken auf Start. Der Spiegel zeigt Ihnen dann automatisch an, wie Sie mit dem Kleidungsstück aussehen, Sie müssen sich also nicht extra umziehen." antwortet die Verkäuferin. Das findet Kane sehr praktisch, allerdings fragt er sich, ob so auch gespeichert wird, was er sich ansieht und ob sein Foto (das der Spiegel gemacht hat) nachher wieder gelöscht wird. Diese Frage kann ihm die Verkäuferin aber auch nicht beantworten.

Kane hat die Fleischtheke gefunden und sucht sich eine Wurst aus. Dabei fällt ihm auf, dass alle Mitarbeiter das gleiche Armband tragen. "Dieses Armband enthält einen RFID-Chip, damit erkennt die Kasse, wer sie bedient und wir müssen nicht mehr unseren Namen eintippen." erklärt ein Mitarbeiter. Mit dem Armband ist es aber auch möglich, pausenlos zu Überwachen, wo sich der Mitarbeiter gerade aufhält.

Kane steht nun an der voll-automatischen Kasse. Durch Kanes Future Card weiß die Kasse genau mit wem sie es zu tun hat und erweitert Kanes Personenprofil um die soeben gekauften Waren. Kane bezahlt seine Einkäufe. Da Kane oft Wurst isst, zahlt er für Fleischwaren mehr als andere Kunden. Nach dem Einkauf löscht er seinen RFID-Chip mit dem Deaktivator. Was er nicht weiß: Gelöscht werden nur allgemeine Produktdaten, die weltweit eindeutige Seriennummer bleibt erhalten. Als Kane den Laden verlässt, sieht er einen Zeitungsausschnitt: „Datenschützer sehen Gespenster: Metro sagt: Future Store ist datenschutz-gerecht.“



Nachwort

Mit diesem Artikel soll auf die Techniken in Metros Future Store aufmerksam gemacht werden. Alle beschriebenen Anwendungen sind im Future Store realisiert oder werden auf der Website beworben. Der Artikel soll das Missbrauchspotential dieser Techniken erläutern. Das Beschönigen der Informationen im PSA, die Umwege und die Derselbe fährt sind nicht nachweisbar, aber technisch möglich. Das Schild findet auf der "Future Store"-Webseite und hängt nicht wirklich im Future Store, ob die Kasse wirklich Personenprofile erstellt ist nicht bekannt, aber ebenfalls technisch möglich. (mh)

Zum heutigen Tag (9.11.), ein Datum, das in die Geschichte einging als Tag an dem die Mauer fiel, will die große Koalition Mauern errichten, Mauern des Misstrauens, Mauern des Schweigens. Nach wie vor zeigt sie Immunität gegenüber wissenschaftlich fundierten Argumenten, offensichtlichen Mängeln und unzureichendem Schutz im praktischen Umgang mit privaten Daten unschuldiger Bürger und negiert den Protest einer breiten Bevölkerung (siehe <http://www.vorratsdatenspeicherung.de>) gegen die Datensammelwut.

Angesichts der drohenden Überwachungsgesellschaft wird es zur Bürgerpflicht, Zivilcourage zu zeigen und für unsere erreichten Freiheiten einzustehen, wach und unbequem statt gehorsam zu sein und so einer Pauschalüberwachung Sand ins Getriebe zu streuen. Als freie Bürger einer Demokratie mit sozialer Marktwirtschaft treten wir ein für unsere Grundrechte, mit Meinungsfreiheit, informationeller Selbstbestimmung und Zivilcourage – mit **Digitalem Ungehorsam**

Angesichts der drohenden Überwachungsgesellschaft wird es zur Bürgerpflicht, Zivilcourage zu zeigen und für unsere erreichten Freiheiten einzustehen, wach und unbequem statt gehorsam zu sein und so einer Pauschalüberwachung Sand ins Getriebe zu streuen!

Was ist digitaler Ungehorsam?

In Anlehnung an den zivilen Ungehorsam bezeichnet digitaler Ungehorsam die Nutzung der digitalen Möglichkeiten, unsere Privatsphäre zu schützen, uns einer umfassenden Datenspeicherung zu entziehen wo immer es möglich ist und deren Unsinn und Missbrauchsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Beispiele und Möglichkeiten:

- RFID nur unter Wahrung der Privatsphäre <http://www.foebud.org/rfid/was-kann-ich-tun>
- Nutzung von Freenet & Anonymisierungsdiensten um Datensammlungen entgegenzuwirken.
- Die eigene Festplatte verschlüsseln

ein Gewinn für alle:

Beteiligt euch auf der Suche nach Möglichkeiten des digitalen Ungehorsams und schickt uns eure Ideen an piratenmagazin@pozimski.eu mit dem Betreff "Digitaler Ungehorsam". Wir veröffentlichen diese in der nächsten Ausgabe.

Die beste Idee wird mit einer Piratenflagge prämiert, die zweitbeste mit dem Debutalbum "Mit Anlauf" von JAMMIN*INC. Jeder weitere Teilnehmer erhält als Dankeschön ein Überraschungs-mp3 aus dem reichhaltigen Fundus der Creative Commons-Musik.

Einsendeschluss ist der 31.12.2007. Die Angabe einer Adresse ist nur im Gewinnfall zur Zusendung der Gewinne nötig, die Gewinner werden von uns benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Reform des Urheberrechts in Frankreich

Ein Beitrag der französischen Piraten

übersetzt aus dem Französischen von Christoph Schmidt und Helmut Pozimski, überarbeitet von SIB

Das französische Beispiel für den Einfluss der Lobbys

Am Freitag, den 30. Juni 2006 hat die französische Nationalversammlung das Gesetz zur Reform des Urheberrechts erlassen. Dieses Gesetz hat unter dem Namen "DADVSI-Gesetz" traurige Berühmtheit erlangt. Im Laufe der sechs Monate – so lange dauerten die Parlamentsgespräche zu diesem Thema – arbeiteten die Lobbys so offensichtlich in der Nationalversammlung wie niemals zuvor.

Der Ausgangspunkt der Komödie

Alles fing am 21. Dezember 2005 an...

Der Kulturminister Renaud Donnedieu de Vabre (RDDV) erklärte diesbezüglich:

„Die Aufgabe des Gesetzgebers ist es, ökonomische Bedingungen zu schaffen, die es dem Markt erlauben, sowohl einen attraktiven Preis für den Kunden als auch einen hinreichenden Preis für den Schöpfer geistiger Leistungen festzulegen.“

Das uneingestandene Ziel des Ministers ist es letztlich die Kostenlosigkeit zu bekämpfen.

Noch nüchterner erging es an diesem Tag den Abgeordneten, die die Europäische Richtlinie vom 22. Mai 2001 in französisches Recht umsetzen sollten. Diese sollte die Gesetzgebung der EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf künstlerisches Eigentum unter Berücksichtigung der Einflüsse der Informations- und Kommunikationstechnologien, vereinheitlichen. Dies bedeutet, dass die Autoren vor der Verbreitung ihrer Werke über das Internet geschützt werden sollen.

Die kulturelle Ausnahme Frankreichs

Diese Abstimmung ist die Gelegenheit die einige Abgeordnete nutzen, um ein neues Konzept des Urheberrechts vorzuschlagen, ein Konzept, das weit über die Ziele des Kulturministers hinausgeht.

Alain Sugennot entpuppte sich dabei als glühender Verfechter der Freiheit im Internet. Er schlägt vor, die gesamte Repression der "Piraterie" zugunsten einer pauschalen Lizenz aufzugeben, deren Pauschalbetrag von den Internetnutzern beglichen wird, die bestrebt sind sich Werke aus dem Internet herunterzuladen. Der Erlös daraus soll nach einem System des Ausgleichs an die Urheber und Interpreten ausgeschüttet werden.

Doch warum eine solche Abkehr eines Abgeordneten von der Mehrheit?

Diese Position von Alain Sugennot ist dennoch keine Überraschung. Schon im Juli 2005 hat er einen Gesetzesentwurf vorgeschlagen, in welchem er seine „Vorstellung einer pauschalen Lizenz“ darlegt. Dieser Entwurf sollte, einen legalen Rahmen für Filesharing zu schaffen, verbunden mit Vergütungen für jedes Produkt der künstlerischen Kreativität. Dieser Entwurf war bereits von ca. 40 weiteren Abgeordneten unterzeichnet worden, unter ihnen Yves Bur, der Vizepräsident der Nationalversammlung. Dieser Entwurf wird zwar leider nicht angenommen werden, stellt aber für seinen Initiator ohne Zweifel die einzige Gelegenheit dar, ihn "hervorzuholen".

Überdies hatten am Vortag die FNAC und Virgin einen Demonstrationsstand in einem Saal der Nationalversammlung aufgestellt, an dem sie ihre kostenpflichtigen Downloadportale präsentierten.

Man überreichte jedem Abgeordneten, der es wünschte, eine Pre-Paid-Card im Wert von 9,99 €, mit der sich circa 10 Musikstücke herunterladen ließen. Dieser sichtbare Einbruch der Lobbys im Herzen der Nationalversammlung sorgte für große Aufregung unter den Abgeordneten. Auch wenn man seit langer Zeit das Vorgehen der Lobbys kannte, hätte sich niemals von einer solch überzogene Vorgehensweise träumen lassen. Die Abgeordneten bekamen den Eindruck, man würde ihre Stimme für 9,99 kaufen.

Die Initiative von Alain Sugrenot vereinigt alle Abgeordneten, die wütend auf die Regierung und ihre Praktiken waren, die einen stark von Korruption geprägten Eindruck machten. Die Initiative einte aber auch die Abgeordneten, die Sugrenots Vision von der neuen digitalen Wirtschaft teilten, wie zum Beispiel Bernard Carayon, Spezialist für „wirtschaftliche Intelligenz“. Seiner Ansicht nach sollte dieses sehr neue „Gesetz, das diese Fragen behandelt, nicht Gefangener einer Technologie eines Industriellen werden, die sehr schnell veralten kann.“

Um 23 Uhr wurden die Gesetzesänderungen für die „pauschale Lizenz“ schließlich angenommen.

Das ursprüngliche Projekt der Regierung

Das Projekt mit dem Ziel der schärferen Bestrafung der Piraterie zum besseren Schutze der Künstler (deren Meinungen man bis dahin noch nicht einmal eingeholt hatte) "indem man die Bedingungen schafft, dass sich ein legales und vielfältiges Musik- und Filmangebot entwickelt" das Ganze "indem es den gesicherten Kauf urheberrechtlich geschützter Werke vereinfacht".

Dieses Projekt befriedigt verschiedene Ziele:

- Legalisierung der „Digitalen Schranken“ (Digital Rights Management)
- Schaffung einer Regulierungsbehörde für das Digital Rights Management, die hilft, zwischen Konflikten, an denen es angesichts der MPT nicht fehlen wird, zu vermitteln
- Verfolgung von „Piraten“ und Intensivierung der Gesetzgebung gegen die Piraterie
- Drastische Einschränkung des Rechtes auf eine Privatkopie

Nichts ist für die Steuer auf unbespielte Datenträger vorgesehen, diese würde obsolet, da das Recht auf Privatkopie wegfiel!

Erinnern wir uns, dass diese Steuer eigentlich der Entschädigung der Rechteinhaber für die Kopien ihrer Werke dienen sollte.

Dadurch, dass Privatkopien unmöglich und illegal werden würden, würde kein Raum mehr für eine solche Abgabe bleiben. Dennoch würde dies Steuer nicht aufgehoben werden. Dem Konsumenten würde nun noch übrigbleiben, zuerst für die Werke, die er nicht besitzen kann zu zahlen und dann ein zweites Mal für die Datenträger, die er nicht einmal mehr so benutzen könnte, wie es ihm beliebt. Unschwer lässt sich also erkennen, dass man die Verbraucher mit dem Gesetz DADVSI für dumm verkaufen will. Selbstverständlich wurde dieses Gesetz bis zu diesem Punkt von der Verwaltung des Kulturministers, also unter der wohlwollenden Verantwortung von Renaud Donnedieu de Vabre ausgearbeitet, der sich darüber hinaus auch schon mit seiner Finanzaffäre im Zusammenhang der Republikanischen Partei (Parti Republicain) in den Focus der Medien gerückt hat. (mehr Informationen über den Minister auf www.nodula.com)

Für die Regierung ist die Verabschiedung der pauschalen Lizenz eine Katastrophe!

Am nächsten Tag wurde der Mehrheit der Abgeordneten, die für die „pauschale Lizenz“ gestimmt hatten, die Ehre zuteil, sich einen bösen Ruffel von Dominique de Villepin anzuhören. Endlich blasen die großen Labels zum Sammeln ihrer Truppen: Ihre berühmten Künstler schalten sich in die Debatte ein. Mit herzerreißendem Zittern in der Stimme versuchen sie die Öffentlichkeit vom Unrecht zu überzeugen, das man an der künstlerischen Schöpfung tut, indem man Kulturgut teilt. Sie gehen stillschweigend darüber hinweg, dass die Hauptprofiteure ihres Plädoyers die großen Labels sind. Es ist ein pikantes Detail, dass die meisten dieser Künstler die "Piraterie" wenig zu fürchten haben. Wer würde denn tatsächlich auf die abartige und groteske Idee kommen, Lieder von Michel Sardou, Charles Aznavour, Eddy Mitchell oder Jean-Michel Jarre herunterzuladen...? Die Gesetzesentwürfe für die „pauschale Lizenz“ sind inzwischen so gut wie gestorben, obwohl sie bereits von der Mehrheit in der Generalversammlung angenommen worden sind. Über sie wird nicht im Senat beraten werden, was aber eine unabdingbare Voraussetzung für die Ausfertigung eines Gesetzes ist.

Für die Regierung ist es nun umso dringlicher abzuwarten. Die Beratungen im Parlament werden verschoben, Zeit um die Abgeordneten davon zu überzeugen, dass Filesharing schlecht sei!

Das Lager pro-DADVSI

Die Interessengemeinschaft, die für das DADVSI (pro-DADVSI) eintritt, vereint die Schwergewichte der Musikindustrie und die Managementgesellschaften der Urheberrechte unter sich. Hinzu kommen auch die Künstler, die ohne richtig verstanden zu haben, worum es wirklich geht, wie Esel wieder und wieder die Reden der großen Labels wiederholen.

Wenn die fraglichen Künstler nicht von Vertretern der Musikhäuser gecoach't wurden kommt es zu feinsinnigen Vorschlägen wie die der Gruppe KYO: eine Internetzensur inspiriert vom chinesischen Model!

Das Anliegen der großen Plattenfirmen ist nicht die komplette Bekämpfung der freien Verfügbarkeit von künstlerischen Werken, sondern vielmehr die Erhaltung einer möglichst effizienten Kontrolle über den Markt. Da dieses Ziel wenig attraktiv ist, müssen sie den Standpunkt vertreten: Filesharing = Piraterie = Untergang der Künstler und der künstlerischen Schöpfung. Die Qualität des Geschaffenen (der Kunst) und die Tatsache, dass Künstler mehr und mehr wie Marketingprodukte behandelt werden und weniger als Schöpfer, also Künstler an sich, wurde dabei selbstverständlich nie erwähnt, jedenfalls nicht mehr als die untragbaren Preise, für die CDs und DVDs verkauft werden!

Die Verfechter des DADVSI, die am stärksten Präsenz in der Nationalversammlung zeigen, sind:

- Vivendi
- Das SACEM*
- RDDVV, der Kulturminister, der tatsächlich als Trojaner der Lobbies dient, die selber noch keinen direkten zur Nationalversammlung haben.

Die Universal Music Group, ein Tochterunternehmen von Vivendi, verfügt über ihren Vertreter vor Ort: Sylvie Forbin. Diese ehemalige hohe Funktionärin im Außenministerium ist heute Direktorin der „Institutionellen und Europäischen Angelegenheiten“ von Vivendi. Sie bewies eine enorme Einsatzbereitschaft, um der Mehrheit im Parlament klar zu machen, wie wichtig die Verabschiedung des DADVSI-Projektes sei, genauso wie ein Gesetzesentwurf, der sehr streng in Bezug auf die „Piraterie“ ist. Deshalb wird dieser Entwurf auch als „Vivendi Gesetzesentwurf“ bezeichnet. Das Votum über den Entwurf nimmt Renaud Donnedieu außerdem zum Anlass, um einen neuen Beinamen zu bekommen: Renaud Donnedieu de Vabre de Vivendi (RDDVV). Sylvie Forbin wird später eine Auszeichnung erhalten: Chevalier de l'Ordre National du Mérite (Ritter des Ordens des nationalen Verdienstes). Zusammenfassend lässt sich da nur sagen: Wenn eine Verurteilung wegen Korruption kein Hinderungsgrund für einen Ministerposten in Frankreich ist, dann verdient die Praktik einer institutionalisierten Form der Korruption sicherlich eine Auszeichnung...

Das SACEM widersetzt sich entschlossen der "pauschalen Lizenz"

Jacques Blache, Direktor der institutionellen Beziehungen beehrt die Nationalversammlung mit seiner fast ständigen Anwesenheit und Bernard Miyet, der Vorstandsvorsitzende, trifft sich mit allen von Urheberrechtsfragen betroffenen Abgeordneten: Präsidenten politischer Gruppen, Wortführern, Nicolas Sarkozy von der UMP, Francois Bayrou von der UDF, Francois Hollande und Anne Hidalgo von der PS. Der Aktivismus der SACEM hätte wachsen können, bis Schriften mit dem Titel „Die Niederlagen der Musik“ erschienen, die diejenigen Parlamentarier zum Ziel hatten, die gegen das Projekt der Regierung waren.

Diese Schriften verbreiteten sich dank des Internets sowie über die NTIC.

Die SACEM verfügte aber über eine Geheimwaffe: Die Organisation unterstützte zahlreiche lokale Veranstaltungen mit finanziellen Mitteln wie etwa die „Francofolies de la Rochelle“, kleinere aber für die Belebung und das Image der kleinen Städten, in denen sie stattfinden, lebenswichtige Veranstaltungen. Die Bedrohung ist einfach und leicht verständlich: Unterstützt das Projekt DADVSI oder Schluss mit den Finanzierungen!

RDDVV betätigt sich seinerseits um die Abgeordneten von der Zweckmäßigkeit und der Weitsicht des Gesetzes zu überzeugen; Da die Kultur in Gefahr sei müsse man sich beeilen die bösen Piraten zu verfolgen. Die Regierung vertraute Publicis die Realisierung der Internetseite www.lestelechargements.com an, kofinanziert durch die SACEM und die SACD (Gesellschaft der Autoren und Bühnenautoren). Es ist ein Glücksfall, dass diese Seite kofinanziert wird, denn die Rechnung beläuft sich auf 180 000 Euro! Wenn man allerdings die betreffende Seite genauer betrachtet, kann man sich aber nur über die Höhe der Rechnung wundern.

Könnte es hier ein Überfinanzierung aus niederen Beweggründen gegeben haben?

Oder ist es Publicis tatsächlich ohne Kunstgriff gelungen ein so dickes Geschäft an Land zu ziehen? Schade, dass die Initiatoren der Seite sich entschlossen hatten bei den übrigen Belangen zu sparen und es unterlassen hatten die anderen Domainnamen zu kaufen denn am selben Tag wie die Seite von Publicis sind ein telechargement.net und ein telechargement.fr ins Internet gestellt worden und die Internetbenutzer praktizieren auch noch google bombing, um die Werbung für diese Seiten sicherzustellen!!! Die Seite der Regierung, pompös gefeiert, gerät schon langsam in Vergessenheit. RDDVV ist dennoch zufrieden, weil er gezeigt hat, dass auch er das Internet beherrscht.

Was würde sich besser eignen um die Geburt der neuen Internetseite zu feiern, als eine große Party? Eben diese versammelte mit Champagner, Schnittchen usw. die creme de la creme der Kultur im "Pavillon de Tokyo".

Auch die kulturelle Dimension durch die Performance eines Pseudo-Künstlers mit Namen „Schreiende Nova“ unvergessen. Diese bestand aus der "Ausstellung" der Funktion von Spam-Bots in Echtzeit, die auf Großleinwände projiziert wurden. Noch ein Künstler, der keine Angst davor zu haben braucht, dass man seine Werke kopiert! Das ist modern, das ist stimmig, die SACEM ist zufrieden, die SACD auch, dasselbe gilt für Vivendi. Am glücklichsten von allen ist aber Publicis, die Werbeagentur, die eine Seite für einen exorbitant hohen Betrag weiterverkauft hat, die sie Dank einer kostenlosen Software in ein oder zwei Arbeitstagen erstellen konnte! Die Einzigen, die dabei nicht zufrieden waren sind die Verbraucher ... aber man hat auch an sie gedacht: Sie können Nachrichten auf der neuen Seite posten um ihre Meinung kundzutun! Sie haben es sich übrigens nicht nehmen lassen, eine erlesene Auswahl roher Kommentare zu hinterlassen, obwohl die Seite ein Video anbietet das sie mit Heuschrecken vergleicht, die sämtliche Vegetation verschlingen und nur noch Wüste hinterlassen...

Um die Abgeordneten vor der Wiederaufnahme der Gespräche zu beschwichtigen, sind sie eingeladen worden am 28. und 29. Februar diverse Künstlern sowie den Managern von SACEM, SNEP und FNAC in den Salons des Hotels von Lassay zu treffen. Natürlich mit Champagner, Schnittchen usw. ... Zu diesem Anlass wurde eine von 10000 Personen unterzeichnete Petition gegen die „pauschale Lizenz“ an Jean Louis Debré übergeben. Das war auch die Gelegenheit für 200 Abgeordnete, sich in Begleitung von Stars ablichten zu lassen: Das ist gut fürs Image und was gut fürs Image ist, ist gut für die Wiederwahl. Außerdem war dies auch Gelegenheit für die Künstler, ihren eigenen Standpunkt zu erläutern und vor allem den der großen Label.

Das Lager anti-DADVSI

Die Methoden dieser Gruppierung sind zwar anders, tragen aber trotzdem ähnlich ertragreiche Früchte. Verbraucherinitiativen und Vereinigungen von Internetnutzern, Verfechter von Open Source und freier Software, anonyme Künstler sowie Peer2Peer-Anhänger formen eine Interessensgemeinschaft, die an die öffentliche Meinung und die Online-Mobilisierung appelliert.

Die Föderative Union der Verbraucher fragt in ihrem Magazin „Que choisir“ nach. Sie umfasst 105 000 Anhänger, und ihr Monatsmagazin zählt 420 000 Abonnenten. Die Verbraucherorganisation vertritt die Ansicht, dass die Konsumenten schon jetzt reichlich zur Finanzierung der kulturellen Industrie beitragen. Dies geschehe über die Abgaben auf unbespielte Medien, die das Kultusministerium trotz des Quasiwegfalls der Privatkopie beibehalten will und die Preise für Internetanbindungen.

Angesichts des Unverständnisses und Ignoranz der politischen Verantwortlichen hat die UFC die Öffentlichkeit und die Künstler, die keine Stars sind, mobilisiert, um Druck auf den Gesetzgeber auszuüben. Diese Verbindung mündeten schließlich in die Gründung der „Alliance Public-Artiste“ (Allianz Publikum-Künstler) im September 2005. Dieser Verband vereinigt ca. 15 Organisationen, die für die Interessen der Verbraucher, Musiker, Komödianten, Fotografen, Zeichner, plastischen Künstler, unabhängigen Produzenten, Entwickler und Familien stehen. -> www.laliance.org

Die Vereinigung der Musikliebhaber, die im September 2004 von Aziz Ridouan in Folge der ersten Strafverfolgungen von Tauschbörsennutzern gegründet wurde, überzeugt die Abgeordnete Christine Boutin davon, ihre Ablehnung des Regierungsprojektes lautstark zu zeigen. -> www.audionautes.net

Die Free Software Foundation bietet über die 2002 erstellte Seite eucd.info ausgefeilte juristische Analysen, ein Informationsblog und technischere Foren an und beginnt eine online-Debatte mit verschiedenen Abgeordneten.

Nachdem die zwei Vereinigungen im Internet sehr bekannt wurden beteiligen sich eine Unzahl von Webseiten und Blogs an der Mobilisierung gegen DADVSI: die gesamte Linux-Community ist stark in der Bewegung involviert und beteiligt sich über ihre Foren in der Bewegung, die Odebi-Allianz, Ratiatum, P2P-Magazin, Meister Eolas, Die Gemeinschaft Stop Dm, kurz gesagt, DADVSI ist die Möglichkeit eines wahrhaften digitalen Aufstands, der erste dieser Art in Frankreich.

Es bleibt nur, die Blindheit der politischen Machthaber festzustellen, die größtenteils vortäuschen diese Bewegung ignorieren. Sie sind immer die ersten, die das Desinteresse der Öffentlichkeit für Politik und parlamentarischen Debatten betrauern. Wenn sich aber diese Öffentlichkeit wie noch nie in politische Gespräche einbringt, schwankt ihre Antwort bei den meisten von ihnen zwischen Gleichgültigkeit und Geringschätzung gegenüber dieser virtuellen Welt, deren Regeln sie nicht kennen. Trotz allem sind diese Antworten jedoch immer von einem beunruhigten Unterton gefärbt.

Die Thesen der Verteidiger von Open Source und freier Software werden durch zwei Abgeordnete in der Presse aufgegriffen: Bernard Carayon und Muriel Marland-Mileto. Sie bemängeln seit dem 21. Dezember in der "Liberation" unter dem Titel "Bremsklotz für das Internet" die Projekte der Regierung, die dazu führen würden "die Verbraucher mit Händen und Füßen an multinationale Internetunternehmen zu binden". Nach dem 21. Dezember entfesselt sich das anti-DADVSI-Lager: Demonstrationen, Medienauftritte, rege Tätigkeiten im Internet, etc. EUCD.info startet eine Petition, die 153 000 Unterschriften erhält und die von Richard Stallman an den Premierminister übergeben werden soll. Da dieser nichts davon hält die Petition offiziell zu erhalten, deponiert Richard Stallman die Petition....im Rinnstein!.

Die Abstimmung, vor dem letzten Akt der verschärften Farce

Im März 2006 entkamen die Abgeordneten der Katastrophe von CPE (Vertrag der Erstanstellung). Der Vertrag der Erstanstellung, der die Anstellung von Jugendlichen für weniger Geld vorsieht, versetzt halb Frankreich in Aufruhr. Es ist also eine wirklich elektrisierende Atmosphäre, in der sich die Abgeordneten zur Sitzung anschicken. Am 21. März war es dann so weit: Das Gesetz wurde mit 286 zu 196 Stimmen beschlossen. Das ist übrigens das knappste Ergebnis der gesamten Legislaturperiode. Nur sieben UMP-Abgeordnete blieben bei ihrem Widerstand (darunter C. Boutin); Selbst B. Carayon und M. Marland-Mileto schlossen sich schwacherweise dem Projekt an.

Über das Gesetz wurde dann anderthalb Monate später im Senat genauso leidenschaftlich abgestimmt, und schließlich bei der Endabstimmung am 39. Juni durchgewunken.

Die Piratenpartei, wurde am 21. Juni gegründet und hat mit einer aufsehenerregenden Erklärung in den Medien gedroht, eine Cyber-Kampagne gegen die Abgeordneten zu führen, die für das Gesetz gestimmt haben. Der Parlamentssender übertrug nicht die Abstimmung, die nur noch im Internet und das nur mit Großansichten des Präsidenten der Sitzung ohne weitere Aufnahmen der Abgeordneten zu sehen war.

Trotz unserer kleinen Zahl und dank der beispiellosen Mobilisierung, die unser Gründung vorausging, haben wir es geschafft, Ihnen so viel Angst zu machen, dass sie sich wie Ratten verstecken! Sicherlich hatte die Mobilmachung der anderen Organisationen auch ein großes Gewicht, aber unsere Gründung wurde mit solcher Sorgfalt von HPK* vorbereitet und an die Öffentlichkeit getragen, dass unser Wirkung weit über unsere aktiven Mitglieder hinausgeht. Provokationen, Anti-DADVSI-Trolle in den Foren und Blogs, Piratenflaggen, Schaffung einer Piratenflotte (Blogs und Foren auf der Seite der Schildkröteninsel („île de la tortue“)) und vor allem haben wir mit einer Zweideutigkeit gespielt: Für viele Leute waren wir Internetpiraten, während die Mehrheit unter uns nicht mehr als friedliche Tauschbörsennutzer sind. ... Leider ist unser Name berechtigt, da Tauschbörsen von nun an mit Piraterie gleichgesetzt wurden!

Ein letztes Schauspielstück

Eine Woche später legten ca. 60 Abgeordnete, darunter Vertreter der Sozialisten, Grünen, Kommunisten und zwei UDF-Politiker, Klage vor dem Verfassungsrat ein. Die verfügte Entscheidung zerstört damit die Schlussstein der das bereits wacklige Gebäude noch aufrecht hielt. Es wurde entschieden, dass Artikel 24 des Gesetzes, der gestaffelte Strafen für Internetnutzer, die downloaden, vorsieht, verfassungswidrig ist, weil er gegen das Prinzip der Gleichheit gegenüber dem Gesetz verstößt.

Ergebnis: Einfache Internet-User, die nur heruntergeladen erwarten die selben Strafen wie diejenigen, die Download-Plattformen betreiben. Anstelle eines einfachen Bußgeldes und eines erleichterten Verfahrens, wird es nun ein kompliziertes Verfahren mit ungewissem Ausgang und bis zu 300 000 € Geldstrafe und 3 Jahren Freiheitsentzug geben. Dies war nun gar nicht im Interesse der großen Plattenfirmen, da diese eigentlich glücklich waren, dass es ihnen durch das erleichterte Verfahren möglich geworden wäre bei hunderten Zuwiderhandelnden vor Gericht zu ziehen, um Exempel zu statuieren. Die Treibjagd auf die „Piraten“ im Internet durch private Gesellschaften wie Co Peer Right Agency und Advestigo kann noch nicht das Licht der Welt erblicken, da die CNIL* das das massive Sammeln von persönlichen Daten unverhältnismäßig ist. Gegen diese Entscheidung der CNIL ist von den Gesellschaften der Co Peer Agency und Advestigo vor dem Staatsrat vorgegangen worden. Die Entscheidung des Staatsrates sollte dann im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 2007 fallen. Inzwischen streiten sich schon die beiden Gesellschaften Coper Agency und Advestigo um die Patentrechte.

Epilog der Farce

RDDVV ist mit sich zufrieden: „Das Gesetz bringt das musikalische Schaffen und die französische Filmkunst mit der freien Software sowie dem Zugang der Internet-User in Einklang.“ Der Kultusminister hat jedoch immer noch nicht das Dekret zur Anwendung des Gesetzes veröffentlicht und man wartet somit auch weiterhin auf die Installation einer Kontrollinstanz zur Regulation der technischen Verfahren und Internetaktivitäten...Die Bildung der ARMT wird deshalb mit Ungeduld erwartet, weil sie unter anderem über die Interoperabilität sowie über die Anzahl erlaubter privater Kopien, die durch DRM auf allen Plattformen möglich sein muss, bestimmen soll. Christian Vanneste, Berichterstatter über das Projekt DADVSI, versichert: „Die ARMT wird eine allgemeine Mission im Hinblick auf den Bereich der technischen Schutzverfahren sowie Methoden zur Identifikation von Werken und geschützten Objekten erfüllen.“

Diese Kommission wird sich im a posteriori (also wenn die Produkte schon kommerzialisiert sind!) damit beschäftigen, wie man Interoperabilität sicherstellen kann und damit verbundene Konflikte regeln.“ Allein die Profis und die Unternehmen können dieses Gremium anrufen.

Aber:

- Die Informatiklobby möchte ihr DRM nicht der Konkurrenz zugänglich machen.
- Die Verbraucherorganisationen wollen diese aber in Anspruch nehmen, um sich des Rechtes auf private Kopien zu sichern.
- Die Filmindustrie will das Recht auf die Privatkopie weiter einschränken.
- Die Internetanbieter wollen mittels ARMT das Recht zugesprochen bekommen Musik für den iPod zu verkaufen.
- Die Entwickler und Nutzer freier Software begreifen ARMT als Chance, um zu zeigen, dass sie die Opfer der Diskriminierung sind.

Wenn das DADVSI-Gesetz eine Gelegenheit für die beispiellose Mobilisierung der Internetnutzer und der Verbraucherorganisationen gewesen ist, so wird die Schaffung der ARMT eine Möglichkeit sein, eine Reihe von Verfahren in allen Bereichen und Genres einzuleiten. Wahrscheinlich werden die Entscheidungen der ARMT auf wackeligen Füßen stehen und Anlass für zahlreiche Anfechtungsverfahren durch die Professionellen und die Kulturindustrie bieten. Indizien: RDDVV hat in den Verhandlungen über das Finanzgesetz 2007 kein Geld für ARMT gefordert. Wahrscheinlich weil sie sich gesagt haben, dass es klüger sei, dass jemand anderes die Aufgabe erbt (die nächste Regierung z.B.), und dass es daher notwendig war erstmal nichts zu tun.

Die Folgen dieser unseeligen Heuchelei

Der Datenaustausch zwischen den Internetnutzern explodiert, noch dazu haben die Tauschpartner die Möglichkeit dabei zwischen verschiedenen Mitteln zu wählen:

- Die Blogs ermöglichen es Werke, die dem Urheberrecht unterliegen mittels Torrents oder Links zu Online-Speichermöglichkeiten von Typ Rapidshare oder Megaupload verfügbar zu machen. Diese Internetdienste ermöglichen es, Inhalte anonym zu speichern und haben den Vorteil dass die dort gespeicherten Inhalte wenig kontrolliert werden. Sie haben jedoch ihre Grenzen: Die Größe der Datei (100 MB bei Rapidshare, 500 MB bei Megaupload). Trotzdem reicht die Verweildauer der Dateien lange genug aus, um lebensfähige Downloadplattformen zu schaffen. Sie leben daher von der „Piraterie“, da alle diese Seiten kostenpflichtige Download-Flatrates anbieten. Das Phänomen beschränkt sich dabei nicht nur auf Musik. Auch Spiele, Filme und Software können dank der Downloadportale getauscht werden.
- Multimedia-Seiten wie YouTube oder Dailymotion laufen geradezu über vor Inhalten, die dem Urheberrecht unterliegen: TV-Serien, Trickfilme, Fernsehsendungen. Dabei wurde auf diesen Plattformen die Dateigröße begrenzt, um die Anzahl illegaler Inhalte zu beschränken. Radio.blog.Club zählt Tausende von Musikstücken. Myspace erlaubt auch das Hören von Musik, hat aber entschieden, urheberrechtsgeschützte Titel mithilfe eines Filterprogramms zu blockieren.
- Die Usenetforen wiederum ermöglichen das Laden von Dateien in Stücken, die später wieder zusammengesetzt werden. Das geschieht zum Beispiel dank der Programme Grab It?, Quick Par? und Winrar. Die Mehrzahl der Nutzer bevorzugt dabei, ein Abonnement zu zahlen, um den Anschluss an Server mit maximaler Geschwindigkeit zu sichern. Das ist besser als die Newsgroup-Server ihrer FAI zu nutzen, die oft langsam sind und deren Dateiadressen schnell verfallen.

- Die Entwickler der Peer2Peer-Software haben sich nach einiger Zeit schnell angepasst: Emule und diverse BitTorrent-Programme verfügen über Verschlüsselungsfunktionen. Share beispielsweise ist im Begriff, ein ähnlich populäres Programm wie Emule zu werden. Diese Software ist die neuste Teil einer ganzen Toolbox, die es dem Nutzer erlaubt relativ anonym zu surfen und herunterzuladen und ist gleichzeitig eine der ersten, die sich an ein großes Publikum wendet. Die Downloadseiten die illegale Tracker auflisten können zwar strafrechtlich belang werden, aber das scheint niemanden wirklich zu beeindrucken.

- Auch IRC kann zum Filesharing genutzt werden: Mithilfe von Programmen wie mIRC findet man schnell Listen mit Dateien, die den anschließenden Download ermöglichen. Einziges Manko: Das unübersichtliche Interface und eine hohe Fluktuation der Dateien.

- FTP-Server hingegen sind wenig genutzt, weil sie als unpraktikabel gelten. Dennoch ist ein Großteil der Neuheiten zuerst dort verfügbar.

- Private Gemeinschaften erlauben den Datenaustausch ohne großes Risiko. Qnext und Tribalweb verfügen über Verschlüsselungsoptionen für eine höhere Sicherheit. Es sei hier auch den Plugin Allpeers für Firefox genannt, das sehr leicht zu bedienen ist.

Die Idee der freien Verfügbarkeit, bekämpft von RDDVV

Die Internet-User sind dabei, einen Sieg davonzutragen. Die freie Verfügbarkeit wird von ihren Gegnern einfach geschluckt. Denn tatsächlich werden die Beispiele für frei verfügbare kulturelle Inhalte immer zahlreicher.

- Warner Bros. hat sich mit AOL zusammengeschlossen, um einen kostenlosen Fernsehdienst mittels Peer2Peer aufzusetzen.

- Diesen Sommer hat der Sender TF1, umsonst „Le Maître du Zodiaque“ (Fernsehproduktion F/CH) über das Internet ausgestrahlt.

- M6 und France Télévision haben vor, einige Kultursendungen gratis ins Netz zu stellen.

- AOL kündigt weiterhin an, einen Video on Demand Dienst einzurichten.

- Universal hat eine Einigung mit Spiral Frog getroffen, der unentgeltliche Musikdownloads zur Verfügung stellt die durch Werbung finanziert werden.

- Qtrax plant vorzuschlagen, Musik gegen einige Minuten Werbung gratis anzubieten. Allofmp3 sieht gleichfalls eine solche Regelung vor (aber mit DRM, das übrigens schon gecrackt ist!).

DRM

Das Digital Rights Management hat bereits seine Nutzlosigkeit demonstriert: Ein Kopierschutz nach dem anderen wurde ausgehebelt und sie verursachen nur für die „ehrlichen“ Käufer Probleme, wenn sie zum Beispiel die Hauptplatine austauschen. Die Musikangebote ohne DRM beginnen sich schon zu vervielfältigen. Internetseiten wie Jamendo erfreuen sich bereits einer unverschämten Gesundheit. Jamendo bereitet übrigens dank der erfolgreichen Werbung auf seiner Seite schon ein System zur Vergütung der Künstler vor. Projekte, die wie die „pauschale Lizenz“ als unverantwortlich und unrealistisch gebrandmarkt wurden

- Die Seite classaction.fr initiiert erste Aktionen gegen die bedeutsamsten Videovertreiber, um Kopierschutzmaßnahmen zu verbieten oder wenigstens einzuschränken.

- eMusic verkauft seine Titel ohne DRM und seine Administratoren versichern, dass sie die zweitgrößte Downloadplattform in Europa seien.

- FNAC music und Virgin Mega vertreiben ebenfalls einen Teil ihres Musikcataloges ohne DRM. Diese Angebote beinhalten dabei nicht die Künstler der großen Labels, die die Verbreitung von Titeln ohne DRM ablehnen. Das ist amüsant: Die großen Labels organisieren so den eigenen Boykott.

•Noch drolliger verhält es sich bei EMI. Auf ihrer Seite wird beschrieben, wie man eine Sicherheitskopie einer mit DRM copy control geschützten CD erstellt, um anschließend von dieser CD Kopien mittels Stand-Alone-Geräten oder Computer anzufertigen bzw. die Musikstücke auf einem Computer zu speichern; und das alles in eklatantem Widerspruch zum DADVSI-Gesetz, aber in perfektem Einklang mit den Gesetzen der freien Marktwirtschaft, denn DRM war für die Einbrüche beim Verkauf der CDs zu verantwortlich, die es schützen sollte.

Eine unerwartete Konsequenz des DADVSI ist, dass gewisse FAI, DADVSI ausnutzen, um sich zu erlauben die Protokolle von eDonkey und BitTorrent filtern. Die oft zitierte Erklärung dazu ist, dass die Bandbreite vom Eigentümer des Netzes gemietet werden muss. Weil Peer2Peer eine große Bandbreite benötigt, haben FAI auch Interesse daran, seine Nutzung zu limitieren. Dieser Zusammenhang ist rechtlich schwer zu beweisen und die FAI weisen zählen natürlich darauf, dass es wegen der Illegalität von Filesharing wenig Beschwerden geben wird, und diese dann abgeheftet werden oder in juristisches Nachspiel für die Kläger haben wird. Darüber hinaus bleibt völlig unbeachtet, dass sich viele Unternehmen, Internetseiten, sowie kulturelle Plattformen dieses Protokolls bedienen. Meist wird der FAI "free" kriminalisiert, die Computer-Fachpresse schweigt bedauerlicherweise über diesen Sachverhalt, obwohl "free" einer ihrer größten Werbekunden war.

Frankreich hat seinen Einzug in die digitale Wirtschaft mit viel Getöse gehalten, war dabei unglaublich, wenn es nötig erschien "politisch" und hat dabei weiter den allgegenwärtigen Antiparlamentarismus geschürt. Die verantwortlichen französischen Politiker haben ein weiteres Mal ihre Inkompetenz und Unverbindlichkeit zu den Problemen, die sie lösen sollen, zur Schau gestellt. Noch viel schlimmer ist aber dass sie sich den multinationalen Konzernen gegenüber unterwürfig gezeigt haben. Lasst uns also sicherstellen, dass diese ganze jämmerliche Geschichte einen Einfluss auf die kommenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen haben wird, damit wir uns nicht mehr mit inkompetenten und bestechlichen Ministern beschäftigen müssen. Lasst uns nicht vergessen, dass die Dekrete zur Anwendung des DADVSI-Gesetzes nur noch im Amtsblatt veröffentlicht werden müssen, um wirksam zu werden! (fpt]

Legende/Abkürzungen:

UMP: « Union de la Majorite Présidentielle Parti de droite classique » Union der Präsidentiellen Mehrheit (klassische Rechte) mit Präsident Jacques Chirac.

SACEM: « Societe des auteurs compositeurs et éditeurs de musique » (Gesellschaft der Autoren, Komponisten und Musiker)

SACD: « Société des auteurs et compositeurs dramatiques » (Gesellschaft der Autoren und Komponisten des dramatischen Stils)

SNEP: « Societe nationale des éditeurs phonographiques » (Nationale Gesellschaft der phonografischen Herausgeber)

HPK = Gründer der Piratenpartei UDF

UDF: « Union Démocratique Francaise » (Französische Demokratische Union)

CNIL « Commission Nationale Informatique et Liberté » (Nationale Kommission für Informatik und Freiheit)

FAI: « Fournisseur d'accès à Internet » (Internetdienstanbieter / Internet Service Provider, ISP)

RDDVV: «Renaud Donnedieu de Vabre de Vivendi» Spotname für Renaud Donnedieu de Vabre Kultus- und Kommunikationsminister (ministre de la Culture et de la communication) vom 3. Juni 2005 bis zum 15 Mai 2007 unter der Regierung von Dominique de Villepin (damaliger Ministerpräsident)

FoeBuD

Der Foebud ist ein Bielefelder Verein der sich vor allem für die ungehinderte Kommunikation und den Datenschutz einsetzt. Aber auch andere Themen wie Politik, Umwelt und Menschenrechte sind Betätigungsfelder des Foebud. Einmal im Jahr straft der Verein besonders schlimme Datenkraken mit den BigBrotherAwards ab. Die BigBrotherAwards sind Negativpreise, mit dem Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen „ausgezeichnet“ werden, die besonders eklatant gegen den Datenschutz verstoßen haben. Außerdem organisiert der Foebud jeden Monat die PUBLIC DOMAIN, eine Vortragsreihe zu den Themen des Vereins.



Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat) ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Bürgerrechtlern, Datenschützern und Internet-Nutzern, der die Arbeit gegen die geplante Totalüberwachung der Telekommunikation koordiniert. Der AK Vorrat hat bereits einige Demonstrationen gegen die Vorratsdatenspeicherung organisiert. Zur letzten erschienen nach Angaben der Veranstalter etwa 15.000 Menschen. Weiterhin strengt der AK Vorrat eine Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung an, an der man sich unter www.vorratsdatenspeicherung.de/?/content/view/51/70/ beteiligen kann.



OLPC

Das Projekt One Laptop per Child (OLPC) hat das Ziel ein Notebook zu entwickeln, der nur 100 US-\$ kostet. Dieser Laptop soll Kindern in der dritten Welt Zugang zu Wissen verschaffen und somit den Bildungsstand in armen Ländern verbessern. Der 100-Dollar-Laptop ist inzwischen fertiggestellt, soll aber etwa 200 US-Dollar kosten. Bereits jetzt liegen Bestellungen von Argentinien (500.000 Schülerlaptops), Brasilien (voraussichtlich eine Million), Libyen (1,2 Millionen) und Nigeria (ebenfalls eine Million Schülerlaptops) vor. Im Herbst soll die Produktion starten.



Chaos Computer Club

Der Chaos Computer Club (CCC) ist ein deutscher Verein von und für Hacker. Seine wichtigsten Ziele sind „Informationsfreiheit“ und ein „Menschenrecht auf Kommunikation“. Außerdem setzt er sich für Datenschutz und für Freies Wissen ein. Der CCC wurde gegründet, um Hackern eine Plattform zu geben, so dass sie über Aktivitäten berichten konnten, ohne Strafverfolgung befürchten zu müssen.



Free Software Foundation



Die Free Software Foundation ist eine Stiftung, die als gemeinnützige Organisation 1985 von Richard Stallman mit dem Zweck gegründet wurde, Freie Software zu fördern und für diese Arbeit Kapital zusammen zu tragen. Unter anderem hat die FSF die Kampagne Bad Vista gestartet, die vor dem Microsoft Betriebssystem Windows Vista warnt und über freie Alternativen informiert.

Schon GEZahlt?

Ein Artikel von Einauge zur aktuellen Praxis der GEZ

Gebühreneinzugspraxis

Seit dem 1. Januar 1976 zieht die GEZ die Rundfunkgebühren ein. Zurzeit sind dies monatlich 5,52 Euro für ein Radio und 17,03 Euro für einen Fernseher. Alle Gebühren werden von den Rundfunkgebührenbeauftragten eingetrieben. Diese arbeiten beim Eintreiben von Gebühren auf Provisionsbasis. Im Klartext heißt das, sie erhalten 40% aller Rundfunkgebühren der zurückliegenden Monate, einschließlich 40% der Gebühren für den Monat der Anmeldung. Daher lohnen sich die Nachzahlungen, besonders für die GEZ-Fahnder. Sie dürfen allerdings nur die Rundfunkgebühren der letzten vier Jahre zurückverlangen, denn alles was älter ist, gilt als verjährt. Es soll aber vorkommen, dass die GEZ-Fahnder diesen Umstand vergessen, denn die Provisionsbasis steigert die Motivation der GEZ-Fahnder, was sie gelegentlich auch zu fragwürdigen Methoden greifen lässt, die sich oft am Rande der Legalität befinden. Meistens wird dabei die Unwissenheit der Bürger ausgenutzt. So werden unter anderem angebliche Schwarzseher mit dem Hinweis eingeschüchtert, dass ein teures Verfahren auf sie zu kommt. Es soll auch vorgekommen sein, dass die Gutmütigkeit älterer Menschen ausgenutzt wurde, in dem die GEZ-Fahnder freundlich erklärten, sie müssten etwas unterschreiben, um ihren Befreiungsantrag zu verlängern. Und ein paar Tage später kam ein Brief, der bestätigt, dass sie von nun an wieder GEZ-Gebühren bezahlen.

Gebühren

Allein schon die Tatsache, dass Rundfunkgebühren bezahlt werden müssen, stößt bei vielen Menschen auf Unverständnis. Da Rundfunkgebühren zu bezahlen sind, solange ein Gerät besessen wird, welches nicht schwer beschädigt ist. Gebühren müssen bezahlt werden, auch wenn die öffentlich-rechtlichen Programme nicht angeschaut werden.

Dies trifft selbst dann zu, wenn kein Fernsehanschluss existiert oder andere technische Umstände das Benutzen von Empfangsgeräten unmöglich machen.

Ausgenommen von den Gebühren sind Empfänger von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe. Auch nicht bezahlen müssen BAFÖG-Empfänger, wenn sie nicht bei den Eltern wohnen. Menschen mit körperlichen Einschränkungen wie zum Beispiel, Blinde und stark Sehbehinderte, so wie Taube und stark Hörgeschädigte können auch einen Befreiungsantrag stellen. Der Befreiungsantrag verlängert sich nicht automatisch, sondern muss jedes Jahr neu gestellt werden. Es kam schon vor, dass blinde und taube Menschen Gebühren zahlen mussten, nur weil sie sich nicht rechtzeitig befreien lassen hatten, wozu sie teils selbst nicht in der Lage waren. Um sich befreien zu lassen, muss ein Original oder eine beglaubigte Kopie vorgelegt werden. z.B vom Schwerbehindertenausweis oder Sozialhilfeantrag. Die GEZ gibt sich dabei nicht damit zufrieden, die relevanten Daten zu speichern, sondern das eingegangene Dokument wird eingescannt und digital gespeichert. Was dazu führt, dass die GEZ viel mehr Daten speichert als nötig wären. Darunter befinden sich auch viele hoch sensible Daten.

Datenschutz

Die GEZ und die Landesrundfunkanstalten dürften eigentlich nur Daten, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötig sind, speichern und verwalten. Dies gilt auch für abgemeldete Teilnehmer, zumindest für eine gewissen Zeitraum. Allerdings haben Untersuchungen gezeigt, dass die Praxis der GEZ diesen Forderungen nicht entspricht. Das Statistische Bundesamt zählte 2004 weniger Privathaushalte, als die GEZ Teilnehmerkonten hatte.

Damit verfügt die GEZ über eine der umfangreichsten Datensammlungen über die Einwohner der Bundesrepublik Deutschland. Eine Quelle für die Daten sind die Einwohnermeldeämter, welche An- und Ummelddaten an die GEZ weiterleiten. Zumindest in einigen Bundesländern kann die Weitergabe der Privatadresse an die GEZ gesperrt werden. Daten von Nicht-Teilnehmern darf die GEZ nicht speichern bzw. von ehemaligen Rundfunkteilnehmern, die Daten nur in einem begrenzten Zeitraum speichern. Daher werden Personen manchmal über ein sehr langen Zeitraum immer wieder angeschrieben, da vorherige Anschreiben nicht gespeichert werden. Zur Ermittlung nicht angemeldeter Rundfunkteilnehmer gleicht die GEZ ihren Datenbestand mit zugekauften Adressdaten von kommerziellen Adresshändlern ab. Hierbei werden meist gezielt Daten von Abonnenten von Fernsehzeitschriften oder Teilnehmer an Gewinnspielen von Rundfunkbetreibern gekauft. Zusätzlich erhalten sie Daten, in dem sie Namen von Briefkästen und Klingeln von GEZ-Fahnder sammeln lässt. Wenn jemand den Namen seines Stofftiers auf die Klingel schreibt oder das Namensschild seines verstorbenen Hundes an die Tür hängt, dann ist es durchaus möglich, dass diese einen Brief der GEZ erhalten. Wegen solchen Datensammlungen gerät die GEZ bei Datenschützern immer wieder in Kritik. Zwar beschäftigt die GEZ eigene Datenschutzbeauftragte, die GEZ wird aber in der Regel nicht durch eine unabhängige Einrichtung kontrolliert, wie das bei vergleichbaren öffentlichen Behörden der Fall ist. Ausnahmen gibt es nur in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen und Hessen. Die Rundfunkanstalten berufen sich hier bei auf ihr verfassungsrechtliches Privileg der Rundfunkfreiheit, nachdem die öffentlich-rechtlichen Sender vom Staat nicht beeinflusst werden dürfen. Sie interpretieren dies so, dass eine Kontrolle durch die Landesdatenschutzbeauftragten nicht zulässig sei. Für diese große Datensammelwut hat die GEZ 2003 den Big Brother Award erhalten.

Tipps zum Verhalten gegenüber der GEZ

Wenn diese Datenschutzbedenken einen dazu gebracht haben, seine Geräte abzugeben, kann derjenige sich bei der GEZ abmelden. Die Abmeldung muss schriftlich erfolgen an die: GEZ 50656 Köln, bestenfalls per Einschreiben mit Rückschein. Da normale Abmeldeschreiben bei der GEZ häufiger verloren gehen als andere Schreiben, muss im Zweifelsfall der Abgemeldete selbst nachweisen, dass er sich abgemeldet hat. Die GEZ muss über den Abmeldegrund informiert werden. Zum Beispiel, die Entsorgung "aller" Geräte. Auch muss das Abmeldeschreiben das Wort „Abmeldung“ enthalten. Der GEZ können in diesem Schreiben auch jegliche Speicherung von eigenen personenbezogenen Daten, so wie weitere Kontaktversuche untersagt werden. Ist eine Einzugsermächtigung erteilt worden, so sollte diese widerrufen werden. Ab Ende des Monats müssen keine weiteren Zahlungen geleistet werden. Sollten noch weitere Abbuchungen vom Konto vorgenommen werden, so können diese einfach bei der Bank widerrufen werden. Allerdings ist der Abgemeldete nun auch wieder als potenzieller Schwarzseher verdächtig. Grundsätzlich ist jeder als Schwarzseher verdächtig, der keine Gebühren bezahlt, so etwas wie eine Unschuldsvermutung gibt es nicht. Die GEZ verschickt deswegen Briefe. Werden diese nicht beantwortet, kommen meistens weitere. In den Briefen droht die GEZ oft mit Maßnahmen bei nicht Beantwortung des Schreibens. Die Meldepflicht gilt aber nur, wenn ein nicht angemeldetes Rundfunkgerät bereitgestellt wird. Wer keine Geräte besitzt, ist auch nicht zur Auskunft verpflichtet und muss demzufolge auch nicht antworten. Falls die GEZ-Fahnder aber vor der Tür stehen, ist zu beachten, dass diese keine zusätzlichen Rechte haben, wie sie die Polizei hat. Die Fahnder dürfen daher nicht ohne Erlaubnis in die Wohnung. Bestenfalls werden die GEZ-Fahnder nicht hinein gelassen und keine Fragen beantwortet. Stattdessen können Sie von den GEZ-Fahndern den Dienstausweis verlangen, welcher von den GEZ-Fahndern vorgezeigt werden muss. Dann können sie alle wichtigen Daten abschreiben und ein Hausverbot erteilen.

Auch Mieter haben das Recht, ein Hausverbot zu erteilen. Wenn der GEZ-Fahnder nach fünf Minuten das Grundstück noch nicht verlassen hat, dürfen Sie die Polizei anrufen. Auch haben Sie dann das Recht, ihn festzuhalten, bis die Polizei da ist, falls Sie sich körperlich dazu in der Lage fühlen. Gegenüber der Polizei ist es auch hilfreich, dass vom Schweigerecht zum Thema Rundfunkgebühren Gebrauch gemacht wird.

Neuartige Rundfunkgeräte

Seit Januar werden auch Gebühren, von 5,52 Euro für "neuartige Rundfunkempfangsgeräte", zu denen internetfähige Computer und Handys zählen in Rechnung gestellt. Das Internet gilt zwar nicht als Rundfunkmedium, dennoch wurde die erweiterte Gebühr allen Protesten zum Trotz eingeführt. Dies zeigt mal wieder die absolute Unkenntnis der Politiker über das Internet. Bezahlen muss nur, wenn nicht schon weitere Gebühren bezahlt werden. Selbständige, die ein Büro in der eigenen Wohnung haben, können davon betroffen sein, da Sie meistens über kein Radio und Fernseher im Büro verfügen und der Fernseher im Wohnzimmer hier extra berechnet wird. Hierbei werden die geschäftlich und privat genutzten Räume getrennt betrachtet. Wie dies bei einem Handy oder Laptop genau geschehen soll, ist unklar. Es gibt die Möglichkeit, seinen Geschäfts Laptop im Inventarverzeichnis der Firma einzutragen, damit ist er klar der Geschäftsadresse zugeordnet. Für jeden Computer, der ins Internet gehen kann, wird diese neue Gebühr erhoben. Das ist heute im Prinzip jeder Computer, außer vielleicht ein Museumsstück, das der ein oder andere noch besitzt. Auch werden wahrscheinlich alle neuen Handys mit UMTS oder ähnlichen Systemen ausgestattet sein, so dass alle als neuartige Rundfunkgeräte gelten. Dies soll die Kosten, die den öffentlich-rechtlichen Sender durch das Internet entstanden sind, decken. Hauptsächlich sind wahrscheinlich damit die Internetseiten gemeint, denn hochwertiges Bild- und Tonmaterial der Öffentlich-rechtlichen, kann im Internet nur sehr spärlich gefunden werden. Vielleicht wurden die Gebühren auch nur erhoben, weil immer mehr Menschen in Deutschland sich gegen den Fernseher und für das Internet entscheiden. (ea)

Wir danken...

...allen im Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung zusammengeschlossenen Organisationen

Für ihr Engagement zur Verhinderung
der Vorratsdatenspeicherung und
besonders für die Organisation der
Demonstration "Freiheit statt Angst".



...Peter Schaar

Für den Versuch, wenigstens das, was
vom Datenschutz noch übrig ist zu
retten. Angesichts der dauernden
neuen Forderungen von CDU/CSU
eine echte Sisiphosarbeit!

...gulli.com

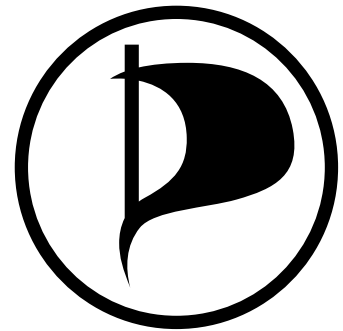
Für die Unterstützung der Piratenpartei
Deutschland und Piratenpartei
Österreichs. Und die unermüdliche
Berichterstattung über wichtige Themen
der Informationsgesellschaft.

...allen Entwicklern freier Software

Für die Entwicklung der technischen
Grundlage, ohne die die Piratenpartei
und auch das Piratenmagazin in der
Form nicht möglich wären.

...allen aktiven Piraten

Für ihre aktive Mitarbeit bei der
Gestaltung eines hoffentlich besseren
21. Jahrhunderts.



...dem Chaos Computer Club

Für die Veröffentlichung des
zugespielten Entwurfs von Schäubles
neuem BKA-Gesetz und der
unermüdlichen Arbeit für eine offene
Informationsgesellschaft.



Das nächste Piratenmagazin erscheint im ersten Quartal 2008, unter anderem mit folgenden Themen:

Nachbeben - Ein Folgeartikel zum Internetdebakel

Der in dieser Ausgabe veröffentlichte Artikel "Das Internetdebakel" hat vielfältige Reaktionen auf breiter Ebene ausgelöst. Lesen sie in der nächsten Ausgabe "Nachbeben - ein Folgeartikel zum Internet Debakel" von Janis Ian.

GEMA

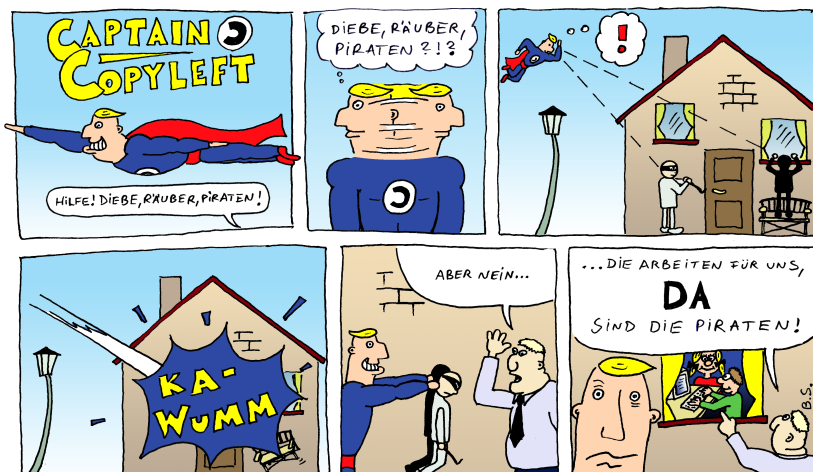
Jeder von uns zahlt Gebühren an die GEMA, egal ob beim Kauf von Rohlingen oder anderen Geräten. Wir nehmen die aktuelle Situation unter die Lupe und analysieren die Stärken und Schwächen dieses Systems.

Die Vorratsdatenspeicherung

Ab dem 1. Januar 2008 wird 6 Monate lang unter anderem gespeichert, wer mit wem kommuniziert, zu welchem Zeitpunkt und wer wie lange unter welcher Adresse im Internet unterwegs ist. Wir beleuchten die Hintergründe, die konkrete Umsetzung, die Auswirkungen auf unser Privatleben und zeigen Wege auf, die Vorratsdatenspeicherung zu umgehen, um weiterhin privat zu kommunizieren.

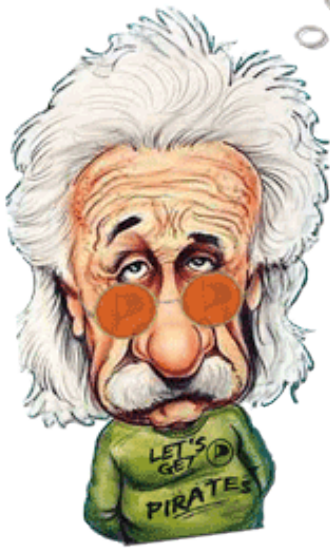
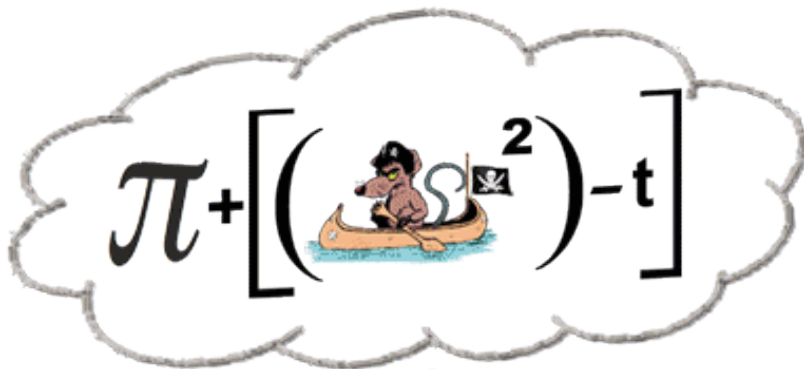
Filesharing

Es gibt eine große Anzahl an Tauschbörsen, manche sind komfortabler als andere, manche sind anonym und wieder andere bieten die größte Auswahl. Wir nehmen die Software sowohl aus technischer als auch aus Benutzersicht auseinander und stellen in jeder Ausgabe eine weitere Tauschbörse vor.



Captain Copyleft - ein Cartoon von Musikdieb unter Creative Commons- "Namensnennung-Keine Bearbeitung 2.0 Deutschland "-Lizenz

Impressum



Das Piratenmagazin ist eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift

Herausgeber (nach §8 (1) des baden-württembergischen Landespressegesetzes):

Piratenpartei Deutschland
Postfach 1223
70773 Filderstadt

verantwortlicher Redakteur (nach §8 (2) des baden-württembergischen Landespressegesetzes):

c/o Kim-Sun Mo
Postfach 1223
70773 Filderstadt

Emailadresse für Feedback:
piratenmagazin@pozimski.eu

die Rechte der einzelnen Artikel liegen bei den Autoren

Bildquellen:

Überwachungsei auf Seite 20 von Musikliebhaber (Nickname)

Cartoon auf Seite 36 von Musikdieb

Heinrich: Wikicommons, Public Domain

Killerschach: Piratenwiki




Bürgertrojaner: piratenpartei-bayern.de

Demonstrationstrojaner: <http://flickr.com/photos/carstingaxion/1432443720/>

Mahnwache: piratenpartei-hessen.de

Demo-Bilder: AK Vorratsdatenspeicherung

Autorenverzeichnis

Artikel	Autor	Lizenz
Deckblatt	Hintergrundbild vom flickr-Nutzer robstephaustralia, Papagei von Rebecca (Nickname)	
Killerschach	Martin Haug	
Bürgertrojaner	Martin Haug	
Mahnwachen	Martin Haug/Helmut Pozimski	
Was ist Filesharing	Martin Häcker	
Die Rechtspraxis schadet der deutschen Kultur	B.Schilo	
Das Internetdebakel	Janis Ian	<i>Zustimmung der Autorin liegt vor</i>
RFID@Metro	Martin Haug	
Gewinnspiel	Redaktion	
Reform des Urheberrechts in Frankreich	french pirate team	
andere Organstationen	Martin Haug/Helmut Pozimski	
schon GEZahlt	Einauge (Nickname)	
Dankesseite	Helmut Pozimski	
Ausblick	Helmut Pozimski	
Werdegang der Piratenpartei	Martin Haug	